

I. publ. E.

430

1

F. publ. E. 430 8

Luternmeister



Metternich und die Schweiz

1840—1848



Von

Dr. Werner Sutermeister



Bern

Schmid, Francke & Co. (vorm. J. Dalp'sche Buchhandlung)

1896.



I.

Unter den Auspizien des Wiener-Kongresses hatte die Schweiz eine Gestalt erlangt, die zwar Metternichs reaktionäre Gelüste nicht ganz befriedigte¹, sich aber doch dem äussern Anschein nach in sein System leidlich einfügte. Die kleinliche Eifersucht der wieder nach altem Muster regierten Kantone, die Ohnmacht der Tagsatzung, das allgemeine Bedürfnis nach Ruhe — Alles dies schuf für einige Jahre jenen Zustand politischer Regungslosigkeit, der Metternichs Ideal gewesen ist. Die Tagsatzung bekannte sich offiziell zu den Grundsätzen der heiligen Allianz, sie erliess, dem Drängen der Mächte nachgebend, strenge Gesetze über Presse und Fremdenpolizei und that so in fast ängstlicher Bereitwilligkeit alles, was einen Konflikt mit dem Ausland verhüten konnte. Aber gerade diese Schwäche der obersten Behörde rief in vielen Teilen der Schweiz das stille, aber um so intensivere Wirken privater Ver-

¹ Metternich an Trauttmansdorff in Berlin, 26. April 1845: „Die den wahren Bedürfnissen der Schweiz angemessenen Massregeln wurden durch die in den Jahren 1814 und 1815 von manchen Seiten schief aufgefassten Richtungen in der Beurteilung der wahren Lage des Landes vereitelt. Die Schweiz steht heute allein als Republik und sie dient den Unruhestiftern aller Art zum Freihafen“. . . . (Aus Metternichs nachgelassenen Papieren [M. n. P.] hg. von Fürst Richard Metternich. Wien 1882 und 1883, Bd. VII, S. 109).

einigungen hervor, deren Bestrebungen durch einzelne unerschrockene Pressstimmen unterstützt wurden. Die Rückwirkung der so für die fortschrittlichen Ideen gewonnenen öffentlichen Meinung auf die äussere und innere Politik blieb nicht aus: Die Tagsatzung wurde genötigt, das durch die Drohungen des Auslandes erpresste Fremdenkonklusum zurückzunehmen, und in einzelnen Kantonen kam es schon zu fortschrittlichen Neuerungen, bevor die Julirevolution das Zeichen zur allgemeinen Umwälzung gab. Besser vorbereitet als ihre Nachbarstaaten trat so die Schweiz in ihre Regenerationsperiode ein: die Umwandlung war hier eine gründliche. Fortschrittliche Institutionen wurden in der Schweiz nicht nur gefordert oder proklamiert, sondern durchgeführt und festgehalten, und in den Kämpfen um ihre Sicherstellung fassten sie erst recht Wurzel im Volk. In der blossen Existenz der von nun an auf der breiten Grundlage der Volkssouveränität beruhenden kantonalen Gemeinwesen lag im Grunde ein weit grösserer Widerspruch gegen das Metternichsche System als in der beabsichtigten Revision des Bundesvertrags von 1815, deren Bekämpfung seit 1830 das Hauptziel der schweizerischen Politik Metternichs gewesen ist. Aber Metternich hatte nun einmal die Grundlagen der neuen Ordnung — wenn auch widerwillig — als vollendete Thatsachen anerkannt; mit um so grösserem Eifer wehrte er sich wenigstens gegen deren letzte Konsequenzen, unter denen allerdings die Reform des Bundesvertrages im centralistischen Sinne die wichtigste war.

Schon 1831, da sich die Tagsatzung auf Thurgaus Antrag zum ersten Mal mit der Frage der Reform beschäftigte, machte Metternich die konservativen Höfe

in seinem Memorandum vom 23. Dezember auf die Gefahren aufmerksam, die dem europäischen Gleichgewicht aus einer solchen Reform erwachsen würden: „Ihr Ehrgeiz und ihre politischen Ansichten bringen die Führer heute dazu, den Bundesvertrag anzugreifen, dessen Revision man verlangt in der Absicht, dessen Grundlagen umzustürzen und die helvetische Republik von 1798 einzuführen, deren Formen leichter als die des Bundesvertrages ein Bündnis mit Frankreich ermöglichen, auf das die Sympathien wie die persönlichen Ansichten der Parteimänner hinzielen.“¹

Der Hinweis auf ein etwaiges Bündnis der Schweiz mit Frankreich war damals ganz geeignet, Eindruck zu machen, denn noch bildete der unsichere Zustand Frankreichs, trotz Casimir-Periers energisch-besonnener Haltung die Hauptsorge der konservativen Kabinette. Und wenn auch die Furcht Metternichs vor einem derartigen Bündnis — wenn überhaupt ernst gemeint — durchaus ungerechtfertigt war, so konnte doch Metternich damals ebensowenig hoffen, dass sich Frankreich den absolutistischen Höfen zu einer ernsthaften Operation gegen die Revisionsbestrebungen in der Schweiz anschliessen würde. Als nach dem Münchengrätzer Kongress von 1833 die drei Ostmächte gegen das von Frankreich aufgestellte Princip der Nichtintervention protestierten, blieb das französische Kabinett — wider Metternichs Erwarten — die Antwort nicht schuldig: Broglie liess u. a. officiell erklären, dass Frankreich eine Intervention der Ostmächte in der Schweiz nicht

¹ M. n. P. V 211 f. An Preussens Adresse vornehmlich richtet sich ein Passus dieses Memorandums, der die Unterordnung des preussischen Fürstentums Neuenburg unter eine schweizerische Centralregierung als unzulässig bezeichnet.

dulden werde. Metternich soll hierauf, wie der französische Botschafter in Wien, St-Aulaire, berichtet, die Vorsorge (*prévoyance*) des französischen Kabinetts gerühmt und sich mit dieser Einschränkung des Interventionsrechtes einverstanden erklärt haben.¹

Dass diese Zurückhaltung Frankreichs in den Schwierigkeiten seiner innern und äussern Verhältnisse und nicht in seiner Sympathie für die Eidgenossenschaft ihren Grund hatte, das beweisen genugsam die wiederholten Reibungen mit den schweizerischen Behörden im Laufe der dreissiger Jahre. Wir sehen auch nach und nach das französische Kabinett jene Schwenkung nach rechts ausführen, als deren Endresultat sein freilich mehr principiell als thatsächliches Zusammengehen mit Oesterreich erscheint. War aber Frankreich als Gegner schon unbequem genug, so hat es als Bundesgenosse eine für Oesterreich womöglich noch verhängnisvollere Rolle gespielt, wie die folgenden Ereignisse beweisen sollten.

Bis auf weiteres wurden indessen Metternichs Bemühungen gegenstandslos. Im Sommer 1833 verwarf das Schweizervolk in seiner grossen Mehrheit den Entwurf einer Bundesrevision als ein Kompromisswerk, das weder Unitariern noch Föderalisten genügen konnte. Damit war freilich die Frage nicht erledigt, nur hinausgeschoben. Sie wurde wieder zur brennenden Tagesfrage, als im aargauischen Klosterstreit der Angriff auf eine der Positionen von 1815, den Artikel XII des Bundesvertrages unternommen wurde.

¹ d'Haussonville in der „Revue des deux Mondes“ 1848, Bd. 24, S. 28.



II.

Der liberale Aufschwung zu Anfang der dreissiger Jahre war zu rasch erfolgt, um nicht früher oder später eine Reaktion hervorzurufen. Ein positives Symptom dieser Reaktion war der Sarnerbund, ein negatives das Scheitern der Bundesrevision. Es bedurfte nur noch des Zürcher Septemberputsches von 1839, um die Elemente des Widerstandes gegen den Geist von 1830 zu einem energischen Vorstoss zu ermuntern. Dabei erlebte man das seltsame Schauspiel, dass die Haupterrungenschaft der dreissiger Bewegung, die Volkssouveränität, zu einer Waffe gegen eben jene Bewegung umgestaltet wurde. Solothurn, Aargau und Luzern wurden der Schauplatz einer unermüdlichen Agitation, die in den beiden erstgenannten Kantonen sogar eine drohende Form annahm. Nur in Luzern gelangte indessen die Bewegung zum Ziel; Solothurn und Aargau konnten sich des Ansturms erwehren. Nun ging Aargau von der Verteidigung zum Angriff über: Im Januar 1841 erklärte der Grosse Rat sämtliche acht Klöster des Kantons für aufgehoben. Indem so der Kampf in der Schweiz — wenigstens äusserlich — einen konfessionellen Charakter erhielt, vollzog sich auch unter den Parteien eine Verschiebung. Den radikalen Kantonen standen nun die ultramontanen gegenüber, beide nicht gewillt, in irgend einem Punkt nachzugeben, während die übrigen

namentlich die protestantisch-konservativen, eine vermittelnde Stellung einnahmen.

Das Ausland war inzwischen nicht teilnahmslos geblieben. Den Septemberputsch freilich und die Aufstandsversuche in Solothurn und Aargau hatten die Mächte vorübergehen lassen, ohne ihre warnende Stimme zu erheben. Zur Klosterfrage aber musste Metternich Stellung nehmen.

Schon seit 1835, wo die Regierung von Aargau das Vermögen der Klöster unter die Verwaltung des Staates stellte und die Aufnahme von Novizen provisorisch untersagte, hatte Metternich diese Frage mit Besorgnis verfolgt, und es war schon damals — wie der schweizerische Gesandte in Wien, v. Effinger, berichtet — von offiziellen Hinweisen der Mächte auf den Art. XII des schweizerischen Bundesvertrages die Rede. Ein Mitglied der Luzerner Regierung, Staatsrat Hunkeler, der sich im Juni 1838 zufällig in Wien aufhielt, wurde vom österreichischen Staatskanzler zur Audienz geladen, und bei dieser Gelegenheit hat Metternich die Aeusserung fallen lassen, „dass, vom päpstlichen Stuhl angegangen, Oesterreich in dieser Sache die Initiative zu ergreifen sich nicht bedenken würde“, ein Schritt, „mit dessen eventueller Ratsamkeit Frankreich sich zu jener Zeit einverstanden zeigte.“¹

Jetzt, wo die Frage akut geworden, durfte Metternich um so weniger schweigen. Er richtete am 27. Februar

¹ Dep. v. Effingers [Bundes-Archiv Nr. 1923—1925], vom 29. Januar 1841. Im vorörtlichen Protokoll vom 30. Januar 1838 heisst es über jene Audienz: „Den Inhalt der Unterredung, welche er gepflogen, wollte der Herr Staatsrat Hunkeler, da er dem Fürsten Metternich bemerkt habe, dass er ohne allen amtlichen Charakter in Wien sei, für Privatmitteilungen vorbehalten.“

1841 an den damaligen österreichischen Gesandten in Bern, Bombelles, eine sehr ernst gehaltene Note, in welcher der Schweiz bedeutet wird, Oesterreich würde die Eidgenossenschaft nur so lange anerkennen, als der Bundesvertrag von 1815 in voller Kraft bestehe.¹ Positive Forderungen musste sich Metternich jedoch versagen. Die grossen Mächte waren damals durch die orientalischen Angelegenheiten vollauf in Anspruch genommen. Aber auch sonst hätten sich die protestantischen Mächte England und Preussen und das griechisch-katholische Russland in dieser Frage zurückgehalten. Die Entscheidung lag bei der zweiten Nachbarmacht der Schweiz, Frankreich. Im Jahre 1841² sowohl wie 1843 hat Metternich das französische Kabinett für ein gemeinsames Einschreiten der Mächte zu gewinnen gesucht, aber kein Entgegenkommen gefunden. Man hatte in Paris „ganz andere Sorgen“, als „die Wiedereinsetzung der aargauischen Mönche.“ Und obwohl Metternich endlich durchblicken liess, Oesterreich könnte sich eventuell zu einem Vorgehen ohne die Mitwirkung Frankreichs entschliessen, gelang es Guizot, ihn von seinem Interventionsplan abzubringen.³ Am 29. März 1843 meldet von Tschann noch, Metternich habe in einem Schreiben an den österreichischen Botschafter Apponyi in Paris den Moment für günstig erachtet, durch ein

¹ Siegwart-Müller, Der Kampf zwischen Recht und Gewalt in der schweiz. Eidgenossenschaft. Zürich 1868, Bd. III, S. 887 ff.

² Dep. des schweiz. Gesandten in Paris, v. Tschann [Bundes-Archiv Nr. 1899—1900] vom 28. Januar, 6., 8. und 14. Februar 1841. Am 28. Januar meldet v. Tschann, der Internuntius Garibaldi hätte in der Klosterangelegenheit „das Terrain sondiert“, aber gefunden, dass man in Paris der Sache „sehr kalt“ gegenüberstehe.

³ Confidentielle Depesche v. Tschanns vom 17. Februar 1843.

gemeinsames Manifest der beiden Mächte die konservative Partei in der Schweiz zu ermutigen; Guizot sei indessen nicht darauf eingegangen. So ist es schliesslich bei der Kundgebung Metternichs vom Februar 1841 geblieben.

Angesichts dieser Thatsachen ist es nicht schwer, den praktischen Standpunkt zu finden, den Metternich in diesen und in ähnlichen Fragen einnehmen musste. Es steht ausser Zweifel, dass es ihm in letzter Linie keineswegs um den Triumph des Ultramontanismus zu thun war — schon seine persönlichen Neigungen sprachen dagegen — sondern einzig und allein um die Aufrechterhaltung der 1815 geschaffenen Zustände. Nur bei diesem Programm konnte er auf die Mithilfe der übrigen konservativen Mächte hoffen. Der Ultramontanismus hingegen musste ihm dabei mehr hinderlich als förderlich sein. Metternich war gewohnt, die revolutionären Bewegungen von einem festen Punkt aus zu bekämpfen. Diesen festen Punkt fand er aber nicht in der ultramontanen Partei; war doch diese selbst im eminentesten Sinn eine Partei der Bewegung. Endlich durfte man durch eine konfessionelle Parteinahme die konservativen Protestanten nicht verletzen. Wenn Luzern, der Vorort für 1843 und 1844, zu jener Zeit durch die Jesuitenfrage ins Schwanken geriet, so sollte der nächste Vorort, Zürich, der Fels sein, an dem sich die revolutionären Wogen brechen mussten. Als Ende 1842 das Haupt der konservativen Zürcher Regierung, Dr. Bluntschli, bei Metternich eine Audienz hatte, liess sich der österreichische Staatskanzler u. a. in folgender Weise vernehmen: . . . „Zürich sollte und könnte die Schweiz geistig leiten. . . . Benutzen Sie die zwei nächsten Jahre gut, damit Sie im Jahr 1845 ein starkes Direk-

torium in Zürich bilden können. Darauf kommt es nun an. Glauben Sie mir, Oesterreich wird Luzern von allen extremen Schritten abraten. Die Politik Oesterreichs ist erhaltend, nicht umstürzend. Luzern hat Recht, wenn es für die Rechte der katholischen Schweiz sich wehrt; aber ich halte es nicht für gut, wenn Luzern weiter gehen und angriffsweise verfahren wollte.“¹

Als Metternich dergestalt die konservativen Elemente der Schweiz gegenüber den progressiven und aggressiven Tendenzen von links und rechts zur Sammlung rief, hatte die Zürcher Septemberregierung in der Klosterfrage bereits eine Niederlage erlitten und die Frage selbst war in ein Stadium getreten, das den Freunden der Klöster wenig Hoffnung gewährte.

In der ausserordentlichen Tagsatzung vom April 1841 hatten noch 12²/₂ Kantone die Restitution der Klöster verlangt; zu deren schroffsten Verteidigern gehörte damals Zürich. Da gelang es Aargau, durch das Zugeständnis der Wiederherstellung dreier Frauenklöster die Gegner zu teilen. In Schaffhausen und Waadt sprach sich jetzt auch das Volk zu Aargaus Gunsten aus. Am eindrucksvollsten äusserte sich aber die Volksstimmung in Zürich, dessen Regierung im Lande das Vertrauen immer mehr einbüsste. Die grosse Volksversammlung in Schwamendingen vom 29. August 1841 protestierte gegen die Haltung der obersten Behörde, hiess die Politik Aargaus gut und nötigte die Regierung, ihr Votum in diesem Sinne abzugeben. Die folgende Tagsatzung brachte noch keine Entscheidung, doch stellte sich die Mehrheit der Stände auf Aargaus Seite. Noch

¹ J. C. Bluntschli, „Denkwürdigkeiten aus meinem Leben“. 2 Bde. Nördlingen 1884. Bd. I, S. 330.

bestanden Genf, Graubünden und Wallis auf der Wiederherstellung des vierten Frauenklosters; indem Aargau in dieses äusserste Zugeständnis willigte, wurde das letzte Hindernis beseitigt. Eine Mehrheit von $12\frac{2}{3}$ Stimmen erklärte sich mit dem Vorgehen Aargaus einverstanden; die Klosterfrage fiel aus Abschied und Traktanden. Der Bundesvertrag von 1815 hatte damit den ersten grossen Riss erhalten.

Dieser Ausgang des langwierigen Kampfes trug aber auch wesentlich dazu bei, die Parteigegensätze zu verschärfen und den Einfluss der liberal-konservativen Mittelpartei zu verringern. Was Metternich schon 1842 vorahnend angedeutet, hatte sich — in seinem Sinn — erwahrt: „die Leute in Zürich waren für die Höhe ihrer Aufgabe etwas zu kurz gewachsen.“¹ Von nun an war Metternich, wenn es sich um die grundsätzliche und entschiedene Bekämpfung des Radikalismus handelte, nur noch auf Luzern angewiesen. Und dies zu einer Zeit, da die dortige extreme Partei mit grösserem Eifer, als ihm oft lieb sein musste, zwei folgenschwere Unternehmungen ins Werk setzte: Die Gründung eines Separatbundes und die Berufung der Jesuiten.

Die VII Stände hatten am 31. August 1843 gegen den endgültigen Beschluss der Tagsatzung in der Klosterangelegenheit Protest eingelegt; sie hatten sodann die Wahrung ihrer gemeinsamen Interessen dem Kanton Luzern übertragen. Siegwart-Müller, jetzt Schultheiss von Luzern und Präsident des Vororts, suchte seine Stellung möglichst auszunützen. In der Privatkonferenz im Bade Rothen sowohl, wie in der Staatskonferenz in Luzern verfocht er den Plan der Trennung von der

¹ Bluntschli, a. a. O. I, 330.

Ständemehrheit, die schon vor der Tagsatzung von einigen Zeitungen der Innerschweiz in Aussicht gestellt worden war¹; er drang aber damit nicht durch. Basel, das mit Neuenburg ins Vertrauen gezogen wurde, mahnte dringend ab und auch der luzernische Grosse Rat, vor dessen Forum schliesslich die Angelegenheit gelangte, liess die eventuelle Drohung einer Trennung fallen. Er behielt sich jedoch bei fortdauerndem „Bundesbruch“ der Ständemehrheit „die weiter gutfindenden bundesgemässen Schritte“ vor und ermächtigte den Regierungsrat zu ausserordentlichen Verteidigungsmassregeln. Dieser Beschluss war immer noch bedrohlich genug; „man betrachtete ihn beinahe überall als die erste Losung zum Bürgerkrieg“² und Zürich und Bern sahen sich veranlasst, den Vorort darüber zu interpellieren. Luzern antwortete an Zürich: Man würde einer Verletzung des Art. VI selbst mit aller Entschiedenheit entgentreten — und an Bern: Man verbitte sich die Einmischung eines Kantons, der als Vorort in der Klosterangelegenheit seine Pflicht nicht erfüllt habe.³ Damit war die Sache vorläufig offiziell erledigt und das Ausland beruhigte sich — wie Effinger am 23. November berichtet — bei diesen Erklärungen Luzerns „über die besorgten Folgen der konfessionellen Spaltung, welche der Beschluss vom 31. August veranlasste.“

Auch die Walliser Ereignisse des Jahres 1844, die das Wiener Kabinett „mit lebhafter Teilnahme verfolgte“, nahmen, dank der Haltung des Vorortes Luzern, eine

¹ Baumgartner, „Die Schweiz in ihren Kämpfen und Umgestaltungen“. 4 Bde. Zürich 1853—1866. III, 99 f.

² Tillier, „Geschichte der Eidgenossenschaft während der Zeit des so geheissenen Fortschritts“. 3 Bde. Bern 1854—1855. II, 168.

³ Vorörtl. Protokoll vom 6. November 1843.

Wendung, die Metternich befriedigen musste. Schwierig und peinlich war jedoch für den Fürsten die Frage der Jesuitenberufung.

Seit Anfang 1841 stritt man sich in Luzern um diese Frage. Die gewiegtsten Staatsmänner, voran der Staatsschreiber Bernhard Meyer bekämpften den Antrag Leu's in richtiger Voraussicht des Kommenden aufs entschiedenste; aber Leu gewann im Rat und im Volk den grössten Anhang, und als sich Siegwart-Müller nach einigem Schwanken auf seine Seite stellte, war der Sieg der Jesuitenpartei mit ziemlicher Sicherheit zu erwarten. Am 9. September 1842 endete die erste einlässliche Beratung über die Angelegenheit mit dem Beschluss, den Regierungsrat und Erziehungsrat zu beauftragen, einesteils Erkundigungen über die Gesellschaft Jesu selbst, anderseits aber auch über die Bedingungen einzuziehen, unter welchen sie bereit sei, die Lehranstalt und das Seminarium zu übernehmen.

Das österreichische Kabinett befand sich angesichts dieser Thatsachen in einer schlimmen Lage: ihm drohte die Alternative, Rom zu beleidigen, oder die Schweiz der immer mehr um sich greifenden Gährung zu überlassen. Es bedarf nicht v. Effingers nachträglicher Versicherungen, dass die „hochgestellten Staatsmänner Oesterreichs die Jesuitenberufung als ein höchst unzeitgemässes Wagnis betrachteten“, um zu wissen, wie Metternich über die Angelegenheit denken musste. Die Jesuitenfrage erschien ihm, wie er bei verschiedenen Gelegenheiten bemerkt, als ein willkommenener Vorwand der radikalen Partei, der Kantonsouveränität ein Ende zu machen¹. Das österreichische Kabinett hat denn

¹ Vgl. namentlich Metternichs Dep. an Trauttmansdorff in Berlin vom 26. April 1845. M. n. P., VII, 109 ff.

auch gleich anfangs dem heiligen Stuhl den Wunsch zu erkennen gegeben, dass vorderhand von einer Berufung der Jesuiten Umgang genommen werde¹. Dadurch ermutigt, richtete Meyer im Einverständnis mit seinen Gesinnungsgenossen am Tage nach der erwähnten Grossratssitzung an den österreichischen Botschafter v. Philippsberg zuhanden Metternichs die Bitte, seine Bemühungen in Rom zu erneuern. Metternich sandte, „um jeden Zeitaufwand zu vermeiden“, Philippsbergs Note und Meyers Brief am 9. September an den österreichischen Botschafter in Rom, von Lützow. In seinem Begleitschreiben führte er aus: Die Vorteile, welche der Übergang der vorörtlichen Leitung von Bern an Luzern für die konservative Sache mit sich bringe, würden durch die infolge der Jesuitenberufung entstehende Uneinigkeit nicht nur illusorisch, sondern es würde an dessen Stelle ein neues unheilbares Übel entstehen.

In Rom fand man zunächst bereitwilliges Entgegenkommen. Am 2. November konnte Metternich dem Gesandten Bombelles in Bern mitteilen: Der Chef der Gesellschaft Jesu habe mit dem Scharfsinn und der Klugheit, die ihn auszeichnen, die Tragweite der Thatsachen und die Richtigkeit der hierauf gegründeten Raisonsnements gewürdigt; er habe sich bereit erklärt, dass sein Orden freiwillig noch für einige Zeit auf seinen Eintritt in den Kanton Luzern verzichte, und der Papst, sowie sein Minister haben diesem Entschluss ihre volle Zustimmung erteilt.

¹ Meyer, Erlebnisse des Bernhard Ritter v. Meyer, weiland Staatsschreiber und Tagsatzungsgesandter des Kantons Luzern, nachmaliger k. k. österreichischer Hof- und Ministerialrat, Sekretär des Ministerrates etc. 2 Bde. Wien und Pest 1875. Bd. I, S. 69.

Jetzt, wo seine praktischen Gründe in Rom gesiegt zu haben schienen, hielt es Metternich, um kein Missverständnis aufkommen zu lassen, für geboten, in Luzern seinen principiellen Standpunkt hervorzuheben und zu erklären: Das kaiserliche Kabinett würde zu einer immerwährenden Ausschliessung der Jesuiten aus dem Kanton die Hand nicht bieten. Gleichzeitig wollte er die Jesuitengegner innerhalb der konservativen Partei eindringlich davor warnen, die Jesuitenfrage zum Grund der Trennung von ihren Gesinnungsgenossen zu machen¹. Dies war der Zweck der Bemerkungen, die er jener Mitteilung an Bombelles beifügte; mit Unrecht hat Siegwart-Müller darin eine Ermunterung zur Berufung der Jesuiten erblicken wollen.

Unterdessen hatte sich aber die Stimmung in Rom gänzlich geändert. Der Jesuitengeneral P. Roothahn und der Kardinal-Staatssekretär Lambruschini kehrten jetzt dem Grafen Lützow gegenüber wieder die alten Bedenken hervor, und die Weisung, die Lambruschini dem Nuntius in Luzern, Kardinal Andrea, zukommen liess, enthielt bloss eine Mahnung an die beiden Parteien in Luzern, sich gegenseitig zu verständigen. Eine förmliche Absage wurde freilich auch jetzt noch nicht erteilt. Dem österreichischen Botschafter gab Lambruschini die Versicherung, dass vom Jesuitengeneral noch keine, nicht einmal eine vorläufige Eröffnung in der Sache gemacht worden sei, und dass er die Antwort des Fürsten auf die Depesche vom 22. Oktober abwarten wolle, um mit dem Jesuitengeneral diejenigen Entschliessungen zu verabreden, welche die Umstände erfordern und die Weisheit des Fürsten andeuten werde.

¹ Vgl. Siegwart-Müller a. a. O. II, 451, und Meyer a. a. O. I, 74 f.

Metternich lehnte indessen eine offizielle Vermittlerrolle ab. Auf die Depesche Lützows, die ihm die neue Wendung mitteilte, schrieb er eigenhändig: Die Sache sei sehr delikat, und sie sei es um so mehr bei dem Vertrauen, welches der Kardinal und der Jesuitengeneral in ihn setzen. Er könne eine Sachwalterschaft nicht übernehmen; alles, was er könne, bestehe darin, zu sagen, was er fühle und denke, indem er den benannten Autoritäten es überlasse, zu beschliessen, was sie am nützlichsten finden.¹

Immerhin ist Metternich noch im Frühjahr 1845 thätig gewesen, um in Rom „das Aufgeben oder doch eine Verzögerung der Jesuiten zuwege zu bringen“. Aber es scheint, dass das Motiv, einen drohenden Bürgerkrieg in der Schweiz zu verhindern, auf die „zu kämpfen bereite“ genuesische Partei in Rom nur geringen Eindruck machte². In seiner Depesche vom 26. April 1845 an Trautmannsdorff in Berlin bezeichnet Metternich auch diese letzten Unterhandlungen als gescheitert.

Es wäre schwierig zu entscheiden, ob Metternich den Einzug der Jesuiten in Luzern mit guter Art hätte verhindern können. Sicher ist, dass er seine Ansicht von der Unzweckmässigkeit der Berufung nie geändert hat. Noch im Sommer 1847 äusserte er gegenüber einer Deputation aus der Urschweiz sein Bedauern über jenen verhängnisvollen Schritt³. Metternich ist daher wohl hauptsächlich dem Zwang der Thatsachen gewichen: Der grössere Teil der Luzerner Konservativen stand auf Seiten der Jesuiten und war keineswegs gewillt

¹ Meyer a. a. O. I, 77.

² Depeschen v. Effingers vom 13. und 15. Februar und 10. März 1845.

³ Meyer a. a. O. I, 146. Vgl. auch M. n. P. VII, 112.

nachzugeben. Wenn also Metternich den konservativen Vorort nicht gleich anfangs desavouieren wollte, so musste er sich in dieser Frage nach aussen zum wenigsten neutral verhalten. Auch hat er wohl auf Rom, mit dem er in jener Zeit eine Verständigung in der ungarischen Religionar-Angelegenheit anbahnte, keinerlei Druck ausüben wollen¹. Und um so leichter entschloss er sich zum Nachgeben, als er sich überzeugen konnte, dass der Kampf um die Berufung des Ordens nicht zu der anfänglich befürchteten Spaltung der Luzerner Konservativen führte. Die Jesuitenfrage, die nach seiner Ansicht vorher „der alleinigen Berechnung der Klugheit anheimgestellt war“, erhielt jetzt für ihn „den vollen Wert einer Rechtsfrage“. Das formelle Recht liess die Berufung der Jesuiten zu; auf dem Boden dieses Rechtes gedachte Metternich dem Sturm gegen die Jesuiten und den radikalen Umsturzideen, die er dahinter lauern sah, von nun an entgegenzutreten.

¹ Aus dem Jahre 1844 stammt folgendes Geständnis Metternichs (Vortrag an Kaiser Ferdinand vom 6. April. M. n. P., VII, 32 ff.). . . . „Leider kann ich mir die traurige Wahrheit nicht verhehlen, dass Oesterreichs moralische Lage seit 50 Jahren die ist, dass es in einem geheimen Kriege gegen die Kirche und ihren Mittelpunkt und in einem öffentlichen gegen die Revolution begriffen ist. In diesem nach entgegengesetzten Seiten geführten Kampfe liegt das Geheimnis unserer Schwäche, weil eine solche Stellung gewissermassen ein beständiges Negieren dessen in sich schliesst, was auf der andern Seite gesetzt und behauptet wird. Im Laufe der Zeit muss diese in sich unmögliche Stellung der Welt klar und der Bestand unseres politischen Systems ebenso politisch wie moralisch unhaltbar werden“. . . . Metternich wollte infolgedessen „den Frieden mit der Kirche“; seine Nachgiebigkeit hat ihm aber in der Schweiz schlimme Früchte gebracht.

So war im Oktober 1844 die verhängnisvolle Berufung zur Thatsache geworden. Schon im August hatte Augustin Keller im Schosse der Tagsatzung die Ausweisung aller Jesuiten von Bundes wegen beantragt. Die Tagsatzung verwarf den Antrag; nicht so das Volk der freisinnigen Kantone, das seinen Willen in stürmischen Versammlungen zu erkennen gab. Als Luzern dem Sturm Trotz bot, schritt man zur Gewalt. Zwar scheiterte der erste Freischarenzug, aber niemand zweifelte an einer Wiederholung. Jetzt eröffnete Metternich den grossen diplomatischen Feldzug, der ein so klägliches Ende nehmen sollte.



III.

„Die Schweiz bietet das vollkommenste Bild eines in socialer Auflösung befindlichen Staatskörpers“ — so zeichnet Metternich zu Anfang des Jahres 1845 die Situation in der Schweiz. Um dieses Land aus dem „tiefen moralischen Elende, in das es versunken ist“, zu erheben, schlägt er drei Mittel vor:

„1. Das Festhalten der Schweiz an dem Konföderationsakte des Jahres 1815,

2. die Heilighaltung der Kantonal-Souveränitäten als Grundlage des *föderativen* Begriffes,

3. die aufrichtige Erforschung der Mängel, welche der Konföderationsakt unleugbar enthält, und deren Verbesserung auf konstitutionellen Wegen.“¹

In den theoretischen Wert dieses Programms setzte Metternich alles Vertrauen, weniger jedoch in die Möglichkeit seiner praktischen Durchführung — und mit

¹ Metternich an Trauttmansdorff, 26. April 1845. M. n. P. VII, 109 f. Das Zugeständnis in Punkt 3, das freilich durch die beiden ersten Punkte nahezu aufgehoben wird, ist charakteristisch für die Wandlung, die auch ein Metternich im Lauf der Zeit erfahren hat. Was dem Fürsten am damaligen Bundesvertrag namentlich unbequem sein musste, das war der jeweilige Wechsel des Vororts, der ihn immer wieder genötigt hat, seine Taktik zu verändern, und der von 1843 bis 1847 für ihn stets einen Wechsel zum Schlimmern bedeutete.

Recht. Seit dem Frühjahr 1845 hat Metternich der Schweiz gegenüber kein Mittel der diplomatischen Kriegsführung unversucht gelassen; er hat dabei die bereitwillige Unterstützung Preussens und lange Zeit auch Russlands gefunden — aber alle seine Schritte scheiterten schliesslich teils am Widerstand, teils am Unvermögen Frankreichs, also gerade derjenigen Macht, ohne deren Mitwirkung Österreich in der Schweiz nicht vorgehen konnte noch wollte.¹

Das Julikönigtum war durch den Widerspruch seines liberalen Ursprungs und seiner reaktionären Tendenzen zu einer charakterlosen Politik verdammt, die es am freien und kräftigen Vorgehen beständig hinderte. Schon 1842 klagte Metternich Bluntschli gegenüber: „Frankreich ist in einer schiefen Lage ... Sie können und dürfen nicht, wie sie wollen“.² Und als Haupthindernisse an einer gedeihlichen Mitwirkung der französischen Regierung gegenüber der Schweiz bezeichnete er später u. a. „deren Scheu vor jedem gemeinsamen Gange mit Gleichstehenden“ und „das Nichtgestattenwollen der Einmischung oder auch nur der Gleichstellung mit Frankreich irgend einer andern Macht, betreffs der innern Verhältnisse der sogenannten französischen Schweiz.“²

Zu diesen im Charakter der Juliregierung selbst liegenden Schwierigkeiten gesellte sich jetzt noch eine aktuelle: die Jesuitenfrage. Sie war für das französische Kabinett „eine Quelle der äussersten Verlegenheiten der Kammer und dem Lande gegenüber“.³ So lange ein Ein-

¹ Über Frankreichs Haltung vgl. neben Guizot, *Mémoires pour servir à l'histoire de mon temps*. Bd. VIII, S. 416—517. Leipzig, Basel und Genf, 1867: Hillebrand, *Geschichte Frankreichs (1830—1871)*. II, 654—679.

² Bluntschli a. a. O. I, 331.

³ Conf. Dep. v. Tschanns vom 10. Februar 1845.

schreiten der französischen Regierung den Schein einer Unterstützung der Jesuiten erhalten hätte, war an ein solches im Ernst nicht zu denken; denn gerade damals ging eine antijesuitische Bewegung auch durch Frankreich. Ebenso schwierig wäre es aber gewesen, Österreich allein vorgehen zu lassen oder sich ihm zu widersetzen. Noch eifriger als Metternich ist daher das französische Kabinett in der Schweiz wie in Rom bemüht gewesen, erst die Berufung, dann den Einzug der Jesuiten zu verhindern.¹ War doch Rom, wo Österreich und Frankreich damals gleichzeitig für die Zurückhaltung des Ordens thätig waren, „vielleicht das einzige Terrain, auf welchem die französische Regierung in der Schweizer Angelegenheit mit Österreich vereint handeln konnte“.²

Metternich hatte indessen nicht versäumt, sich direkt an das französische Kabinett zu wenden. Sein seit dem Dezember 1844 mehrfach wiederholter Vorschlag einer Vereinbarung zwischen den Mächten zum Zweck eines gemeinsamen und gleichartigen Vorgehens gegenüber der Schweiz wurde von Guizot ausweichend beantwortet: Er teile durchaus die Ansichten des Fürsten Staatskanzlers über die kritische Lage der Schweiz; vor Allem müsse aber erst die Jesuitenfrage erledigt werden; dann sei zu hoffen, dass sich der Friede von

¹ Schon in der Klosterangelegenheit (Sept. 1841) hatte der damalige französische Botschafter, Graf Mortier, eine konziliatorische Rundreise in der Schweiz unternehmen müssen; jetzt — Ende 1845 — bereiste der Graf von Pontois das Land zum gleichen Zweck, aber mit dem gleichen Misserfolg. Auch der Nuntius in Paris, Fornari, schrieb nach einer Unterredung mit Guizot und dem österreichischen Gesandten im Sinne des französischen Kabinetts nach Rom. (Conf. Dep. v. Tschanns vom 14. Febr. 1845).

² Conf. Dep. v. Tschanns vom 10. Febr. 1845. Vgl. hierzu die Dep. v. Tschanns vom 13., 20. Jan., 8. u. 14. Febr. 1845.

selbst wieder einstelle.¹ — Damit hatte Guizot wenigstens einige Zeit gewonnen. Da aber diese Zeit resultatlos zu verfließen drohte, musste er auf ein neues Auskunftsmittel sinnen. So ist Guizot auf die Idee gekommen, Österreich zu isolieren und mit England und Preussen ein besonderes Abkommen nach seinem Sinn zu treffen. Aber auch dieser Schachzug missglückte ihm: Lord Aberdeen weigerte sich, einem derartigen Abkommen beizutreten und Metternich, der von diesen Verhandlungen Kunde erhielt, wusste nun, was er von Guizots Versicherungen der gegenseitigen Übereinstimmung zu halten habe.²

Der Anfang der diplomatischen Campagne war also nicht gerade vielversprechend. Er rechtfertigt die bittere Klage Metternichs: „Die Revolution in der Schweiz wird von Erfolg gekrönt sein; sie zu verhindern gab es nur *ein* Mittel: eine freie und aufrichtige Sprache von Seiten der beiden Nachbarmächte.“³

So unterblieb der von Metternich gewünschte imposante, einmütige und gleichzeitige Protest der Mächte

¹ Dep. v. Tschanns vom 8. und 10. Febr. 1845.

² Metternich an Apponyi in Paris, den 3. März 1845 (M. n. P. VII, 85): ... „A en croire M. Guizot et le Roi, les deux cours semblaient d'accord sur leur manière de voir et de juger l'affaire et sur leur situation respective à son égard. Pendant que nous recevions cette impression par nos communications directes, M. Guizot s'est expliqué dans un sens tout à fait contraire envers d'autres cours. Il a, entre autres choses, offert à l'Angleterre et à la Prusse de lier la partie entre les trois cours. Cette fois-ci, Lord Aberdeen n'a pas donné dans le panneau; il a pris un bon essor par ses instructions à M. Morier, qui sont tout à fait d'accord avec notre pensée.“ — Über dieses diplomatische Intermezzo und andere derartige Unbequemlichkeiten ist Guizot in seinen Memoiren vornehm hinweggegangen.

³ Metternich an Apponyi, den 3. März 1845. (M. n. P. VII, 86).

gegen die Freischarenzüge. Die verschiedenen Noten, die nacheinander eintrafen, bewiesen, dass die Mächte in der Auffassung und Beurteilung der schweizerischen Verhältnisse noch keineswegs einig waren. Während Aberdeen, der die Reihe der Noten am 11. Februar 1845 eröffnete¹, zwar den Vertrag von 1815 als Grundbedingung der schweizerischen Neutralität darstellte, im übrigen aber sich jeder Einmischung in die innern Verhältnisse der Schweiz enthielt und sein Schreiben in freundschaftlichem und rücksichtsvollem Tone abgefasst hatte, scheint Guizot geglaubt zu haben, die Schweiz durch grobe Drohungen ein für allemal einschüchtern zu können.² Wie sehr er sich geirrt hatte, bewies die berühmt gewordene Abfertigung, die ihm Schultheiss Neuhaus in offener Tagsatzung zuteil werden liess, und durch die er zu einer Art Rückzug genötigt wurde. Metternich liess seinem Ärger über das undiplomatische Vorgehen Guizots in einem Briefe an Apponyi freien Lauf.³ Gleichwohl machte er gute Miene zum bösen Spiel, umsomehr, da sich Guizot in seiner Note des Einverständnisses mit den andern Mächten berühmt hatte. Seine Note vom 31. März 1845 wiederholt die in der Depesche vom 27. Februar 1841 aufgestellten Grundsätze, dass die Aufhebung des Vertrages von 1815 „gegenüber dem Auslande die Titel vernichten würde,

¹ Siegwart a. a. O. III, 892 f.

² Guizot an den Grafen von Pontois, den 3. März 1845. Siegwart a. a. O. III, 895. Die Note sollte zur Ermutigung der konservativen Partei und zur Einschüchterung der Volksvereine dienen; daher habe es Guizot gewundert, „von einigen liberal-konservativen Blättern nicht besser verstanden worden zu sein.“ Dep. v. Tschanns vom 18. März 1845.

³ Vertraulicher Brief Metternichs an Apponyi vom 15. März 1845. M. n. P. VII, 89.

unter welchen die 22 Staaten ihren gegenwärtigen Platz in der grossen europäischen Familie einnehmen.“ Nach einer energischen Missbilligung der Freischaren und der Betonung der grundsätzlichen Einstimmigkeit schliesst die Note: „Die nächste Zukunft wird uns zeigen, ob und inwieweit die Bevollmächtigten des Schweizervolkes gewusst haben, ihr Vaterland vor dem unberechenbaren Unglück zu bewahren, welches unfehlbar demselben vorbereitet würde, wenn den gehässigen und zerstörenden Leidenschaften des Tages freier Zügel gelassen wird.“¹

Sardinien², Preussen³ und Russland⁴ äusserten sich in ähnlicher Weise.

Der „Notensturm“ verfehlte jedoch gänzlich seinen Zweck. Sogar die „Eidgenössische Zeitung“, das Organ der Zürcher Konservativen, das sonst dem Ausland gegenüber sehr behutsam auftrat, musste zugeben, die Sprache des französischen Kabinetts habe „etwas Rücksichtsloses, was Anstoss erregt, und etwas Herrisches, das beleidigt.“⁵ Durch die radikalen Blätter erfuhren die fremden Noten eine teils würdig-sachliche, teils gröbliche Kritik. Von der beabsichtigten Einschüchterung war nirgends etwas zu bemerken. „Die Noten der auswärtigen Mächte wurden insultiert und scheinen ohne

¹ Siegwart a. a. O. III, 907 f. Über die Frage der Garantie des 1815er Vertrags durch die Mächte hat sich Metternich früher anders geäussert: „La déclaration des Puissances réunies au Congrès de Vienne, en date du 20 Mars 1815“ — so schreibt er in jenem Memorandum vom 23. November 1831 — „et celle de Paris du 20 Novembre de la même année, ne renferment un effet aucune garantie formelle du pacte fédéral“ ...

² Siegwart a. a. O. III, 909 f.

³ Siegwart a. a. O. III, 910 ff.

⁴ Siegwart a. a. O. III, 912 f.

⁵ „Eidg. Zeitung“ vom 8. März 1845.

Nachdruck zu bleiben“¹, klagte die „Schweizerische Kirchenzeitung“ in Luzern, die anlässlich der französischen Note „eine höhere Hand im Spiele“ zu sehen glaubte.

Dass auch Metternich in die Kundgebungen der Mächte kein besonderes Vertrauen setzte, bewies die Militärmacht, die er gleichzeitig zum Schutz der österreichischen Grenze aufbieten liess.² Die Ereignisse gaben ihm Recht: Am 31. März wurde der zweite Freischarenzug ins Werk gesetzt; ihm folgte die Gründung des Sonderbundes.

¹ „Schweiz. Kirchenzeitung“ vom 5. April 1845.

² Metternich an Apponyi, den 3. März 1845 (M. n. P. VII, 106). Im ganzen waren es etwa 4000 Mann.



IV.

Ohne Zuversicht hatte Metternich den Kampf gegen die liberale Schweiz eröffnet; der mutlosen Stimmung entsprach die Kampfesweise. „Greisenhaft, halb, schwächlich“ nennt sie Heinrich von Treitschke¹ gelegentlich nicht mit Unrecht. Man muss indessen, um dem Fürsten in dieser Beziehung gerecht zu werden, die Schwierigkeiten bedenken, mit denen der 72-jährige² Staatskanzler hier zu kämpfen hatte. Die schweizerischen Verhältnisse waren nicht leicht zu überblicken, die Ereignisse und ihre gegenseitige Einwirkung auf einem politisch so vielgestaltigen Boden schwer vorauszuberechnen³. Wir sehen hier ab von Ungarn und Italien, welche die finanziellen, militärischen und diplomatischen Kräfte Oesterreichs fortwährend vollauf in Anspruch nahmen. Zu alledem gesellte sich Frankreichs passiver

¹ H. v. Treitschke, Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert. Leipzig 1894, Bd. V, S. 730.

² Schon 25 Jahre zuvor thut Metternich den in mehrfacher Beziehung bezeichnenden Ausspruch: „Mein Kopf ist müde und mein Herz recht welk, und mit solchen Elementen fühle ich die Welt auf meinen Schultern ruhen“. M. n. P. III, 344.

³ Der Baron v. Werner, dem die schweizerischen Angelegenheiten speciell überwiesen waren, wird uns von Bernhard Meyer, der ihn persönlich kannte, als eine indolente Natur geschildert. „Von Thatkraft war in dem Mann auch nicht eine Spur vorhanden“. Meyer I, 152.

Widerstand und der sehr aktive, der dem Fürsten in der eigenen Staatskonferenz — namentlich in der Person des Grafen Kolowrat — entgegentrat. Musste er doch von dieser Seite seine Politik als „ängstlich, retrograd, jesuitierend, das Inland dem Ausland und die Finanzen der Staatskanzlei aufopfernd“ bezeichnen hören¹. So hat Metternich mit dem scharfen Blick, den die Angst verleiht, den Sieg der „Revolution“ in der Schweiz wohl vorausgesehen; dennoch klammerte sich seine Hoffnung an jedes Anzeichen, das ihn eines energischen Dazwischentretens zu entheben schien².

Das Jahr 1845 erfüllte diese Hoffnung nicht. Kaum hatte der Fürst der Luzerner Regierung für ihren leichterrungenen Sieg über die ersten Freischaren seine Befriedigung ausgesprochen, so ward er aufs neue beunruhigt durch die Lausanner Revolution vom 16. Februar, die den rücksichtslosen Volksmann Druey an die Spitze einer radikalen Regierung brachte. Noch einmal schien die Niederlage des zweiten Freischarenzuges der drohenden Bewegung Halt zu gebieten; man begrüßte diese Niederlage in Wien mit besonderer Genugthuung³. Aber sie wurde nur der Ausgangspunkt neuer erbitterter Kämpfe. Der Eifer, mit dem die Luzerner Regierung

¹ Denkschrift eines Anonymus. M. n. P. VII, 628 ff.

² Persönliche Aeusserungen des Fürsten in diesem Sinn berichtet v. Effinger Dep. v. 7. April 1845. Vgl. ferner die Dep. v. 14. und 19. Mai.

³ Tagebuch der Fürstin Melanie vom 1.—14. April: „Clemens hat durch die Niederlage der Freischaren einen politischen Erfolg errungen (!). Die kleinen Kantone, Luzern an der Spitze, verrichteten Wunder der Tapferkeit; sie entledigten sich der Umsturzpartei, die alles zerstören will, was sich dort Gutes findet, und benehmen sich nach ihrem Siege mit grosser Klugheit, Mässigung und Umsicht.“ M. n. P. VII, 65.

ihren Sieg sich politisch und finanziell zunutze machte, Steigers Verurteilung und Befreiung, die Ermordung Leu's — Alles dies steigerte die politische Leidenschaft auf beiden Seiten aufs höchste und drängte zur Entscheidung. Das bewies auch das Stimmenverhältnis der neuen Tagsatzung: es fehlten jetzt nur noch die Voten von Genf und Baselstadt zur Ausweisung der Jesuiten. Nun brach auch in Zürich die fortschrittliche Strömung siegreich durch. Bluntschli, der zu spät den Zürcher Konservatismus vom Luzerner Ultramontanismus reinlich zu scheiden strebte, musste samt dem Bürgermeister Mousson am 3. April entschiedeneren Staatsmännern Platz machen. An Moussons Stelle trat Furrer, der zukünftige erste Bundespräsident der neuen Eidgenossenschaft.

Auf der andern Seite gründete der Schöpfer der Badener Artikel, Baumgartner, den schweizerischen Katholikenverein zur Wahrung der kirchlichen und politischen Interessen der katholischen Stände. Eine Versammlung liberal-konservativer Protestanten in Zürich, einberufen durch Bluntschli und Mousson, blieb ohne Folgen: die Zeit der Vermittlungspartei war vorüber. Dagegen schlossen am 11. Dezember die VII katholischen Stände in aller Stille jene schon 1843 vorbereitete „Schutzvereinigung“, die in Wahrheit die Vernichtung der schweizerischen Einheit bedeutete und daher mit Recht den Namen „Sonderbund“ erhalten hat.

Solchen Thatsachen gegenüber durfte die Diplomatie nicht ruhen. In seiner Gratulation an die Luzerner Regierung anlässlich der zweiten Abwehr der Freischaren hatte Metternich noch die Hoffnung ausgesprochen, dass der „Kern der Guten“ in der Schweiz noch stark genug sei, „um von sich aus der Anarchie, welche der Schweiz

zum Verderben und der moralischen Ruhe im gesamten gesellschaftlichen Körper zur Störung gereicht, ein Ende zu machen, und so die gefährlichen Verwicklungen, die ein so unnatürlicher Stand der Dinge zur Folge haben müsste, zur Ehre der Eidgenossenschaft zu beseitigen.“

Metternich glaubte in Wirklichkeit wohl so wenig an diese Hoffnung wie an den Erfolg der Mahnung, die er in der Form eines Kompliments den VII Ständen zukommen liess: „Wenn ohne Rücksicht auf das von andern gegen sie eingehaltene entgegengesetzte Benehmen, Luzern und die mit ihm gleich denkenden Stände jetzt, wo ihr gutes Schwert gesiegt hat, fortfahren, von ihren Miteidgenossen nur das zu verlangen, was ihnen nach schweizerischem Bundesrecht zukommt; wenn sie sich hüten, die Linie zu überschreiten, die die Bundespflicht den Ständen der Schweiz vorzeichnet, wenn sie mit dem Kriegsmut die Mässigung und mit der Entschlossenheit die Friedensliebe zu vereinen wissen, werden diese Stände ein grosses und gewiss nicht unfruchtbares Beispiel gegeben haben.“

Weit weniger zuversichtlich als in diesem für die Öffentlichkeit bestimmten Gratulationsschreiben äusserte sich der Fürst in den diplomatischen Verhandlungen, die mittlerweile ihren Fortgang nahmen. Sollte hier noch irgend etwas erreicht werden, so war ein genaues Zusammengehen Österreichs mit Frankreich die erste Notwendigkeit. Metternich überliess daher Guizot die Initiative für ein gemeinsames Vorgehen der Mächte. Seine Auffassung der Verhältnisse übermittelte er dem französischen Kabinett durch eine Depesche vom 15. März an Apponyi: . . . „Meine Überzeugung ist, dass der Streit zwischen den dortigen Parteien sich durch Flintenschüsse Luft machen wird, und dass eine bewaffnete

Intervention seitens des Auslandes unmöglich ist. Was im Laufe des Kampfes zwischen den Parteien möglich werden könnte, wäre der Hilferuf der unterlegenen oder vor der Niederlage stehenden Partei. Der Wert der Hilferufenden wird sodann in Erwägung gezogen werden müssen durch die Gerufenen, die, wenn sie zur Hilfe erscheinen, nur erscheinen dürfen im Namen Europas¹.“

Dieses Programm lautet — mit Rücksicht auf die eigenen Verlegenheiten und Frankreichs heikle Lage — reserviert genug. Guizot ging aber in der Zurückhaltung noch weiter. Am 23. März erliess er drei gleichlautende Noten an die Höfe von Wien, Berlin und Petersburg. „Wenn der Bürgerkrieg“ — heisst es dort — „auf revolutionäre Weise in der Schweiz beginnt, so glaube ich, dass wir nichts thun, selbst uns nicht einmal geneigt zeigen sollen, etwas zu thun, bevor das Übel auf eine rauhe Art den Schweizern sich fühlbar gemacht hat.“ Charakteristisch ist der Schlusspassus: „Ich für meinen Teil habe in dieser Beziehung weder eine festgestellte Idee, noch bin ich in der Lage, einen Plan vorzuschlagen, allein ich wünsche zu erfahren, was das Kabinett von den Wechselfällen dieser schweizerischen Zukunft denkt.“²

Man sieht, es war dem französischen Kabinett in erster Linie darum zu thun, Zeit zu gewinnen und eine gemeinsame Intervention so weit als möglich hinauszuschieben.

Metternich war mit diesem System des Abwartens nicht gedient. Er wünschte jetzt vor allem ein klares Programm.

¹ M. n. P. VII, 88.

² Meyer II, 108.

Am 8. Mai bezeichnet er als Basis des gemeinsamen Vorgehens drei Punkte: 1. Aufrechterhaltung — im Princip — des Vertrages von 1815; 2. Aufrechterhaltung der Souveränität der Kantone; 3. nicht materielles Einschreiten der Mächte, so lange die Bestimmung von Punkt 2 nicht verletzt wird¹. Und am 20. Mai schlägt er folgende Deklaration der Mächte vor: „Die fünf Mächte würden die Vernichtung des Vertrages von 1815, sei es, dass diese Vernichtung auf eine offene Art statffinde, oder sich ins Werk setze unter dem Deckmantel eines Beschlusses der Tagsatzung, der offenbar die durch den Bundesvertrag der eidgenössischen Behörde eingeräumten Befugnisse überschreitet, als eine That ansehen, welche die durch den Kongress von Wien der Schweiz gewährten Garantien vernichtet; — und dies ohne den weitem Massregeln vorzugreifen, zu welchen die Mächte im Interesse der Erhaltung der Ordnung und des Friedens in Europa gezwungen werden könnten.“²

Guizots Antwort vom 22. Mai lautet gewunden und ausweichend:

„Ich glaube nicht, dass gegenwärtig Anlass vorhanden zu irgend einem Vorgehen zu einer gemeinsamen und einheitlichen Äusserung (manifestation unitaire) — um mich so auszudrücken — der grossen Mächte gegen die Schweiz.“ Ein Haupthindernis ist ihm die nationale Empfindlichkeit der Schweizer, von der er freilich unlängst eine unangenehme Probe erhalten hatte. . . . „Wenn ein auswärtiges Einschreiten

¹ Metternich an Apponyi (Vertraulicher Brief). M. n. P. VII, 90.

² Meyer a. a. O. II, 109.

nützlich und wirksam sein soll, muss dafür eine offenbare Notwendigkeit vorhanden sein und es muss dasselbe durch Thatsachen herausgefordert und von allen gemässigten Männern, wenn auch nicht mit lauter Stimme, doch aus dem Innern ihres Herzens angerufen sein. Ich gebe zu — fügt er tröstend bei — dass unter dieser Bedingung diese Notwendigkeit sich bald darbieten kann, und dass, wenn sie sich darbietet, man ihr entsprechen muss.“¹

Das Missvergnügen, das Guizot über Metternichs unbequemes Drängen empfand, spiegelt sich in seinen Noten vom 9. Juni an Lord Aberdeen: „Das Resultat dieses (Metternichschen) Vorschlages, wenn wir ihn in einen verabredeten, gleichzeitigen und sofortigen Schritt der fünf Mächte verwandeln, hiesse nach meiner Ansicht 1. den fremden Mächten im Principe das Recht zur Auslegung des Bundesvertrages zuerkennen, indem wir erklärten, dass die Jesuitenfrage durchaus nicht eine Bundessache sei, und dass die Tagsatzung kein Recht hat, sich damit zu befassen, was ich als übertrieben ansehen muss, 2. thatsächlich in allen Schweizern, Konservativen wie Radikalen, das Gefühl der nationalen Unabhängigkeit verletzen und in der nächsten Tagsatzung ein dem gewünschten entgegengesetztes Resultat herbeiführen.“ Guizot bemerkt ferner, dass für die Austreibung der Jesuiten und für Auflösung des Sonderbundes nur noch die Stimme Genfs fehle (bekanntlich ein Irrtum) und „dass das Schicksal des Loyola in der Schweiz von der Weisheit des Calvin abhange. . . . Sagt das dem Lord Aberdeen und fragt

¹ Meyer a. a. O. II, 110.

ihn, ob es nicht angezeigt sei, sich etwas zurückhaltend zu benehmen.“¹

Die Antwort des französischen Botschafters in London, St. Aulaire, lautete beruhigend: „Lord Cowby hat seine Instruktionen schlecht verstanden, wenn er aus denselben die Absicht entnahm, mit dem Fürsten Metternich sich in einen Feldzug zu Gunsten der Jesuiten einzulassen. Nichts ist entfernter den Gedanken Lord Aberdeens. Er hat den Grundlagen zu einem Einverständnis, die der Fürst Metternich in drei Artikeln formuliert hatte, zugestimmt, und dachte nicht daran, weiter zu gehen. . . . Er würde es nur mit dem äussersten Bedauern sehen, wenn die Tagsatzung die Jesuiten austriebe, allein er ist nicht vorbereitet, a priori zu erklären, dass dies ein Umsturz der Bundesverfassung sein würde. . . . Seien Sie sicher, dass man Sie von hier aus nicht weiter vorwärts treiben wird, als Sie selbst gehen wollen“².

So wurden, während die Ereignisse in der Schweiz sich beschleunigten, durch Guizots mehr als bedächtige Haltung, die ohnedies schwerfälligen diplomatischen Verhandlungen in die Länge gezogen. Am 27. Juni konnte Metternich endlich konstatieren, dass Guizot den drei Punkten, die Metternich am 8. Mai als Operationsbasis aufgestellt, seine principielle Zustimmung erteilt habe; er hatte damit nicht im Geringsten mehr erreicht als mit der Zustimmung Englands. Denn eine gemeinsame Erklärung der Mächte, wie sie Metternich am 20. Mai vorgeschlagen, fand Guizot für den Augenblick nicht opportun; dagegen schickte er seinem Gesandten in

¹ Guizot an St. Aulaire, 9. Juni 1845. Meyer II, 3.

² St. Aulaire an Guizot, 11. Juni 1845. Meyer II, 3.

Bern eine Erklärung Frankreichs zu eventueller Mitteilung an die Tagsatzung. Dieses Schriftstück, das auch Metternich in einer Kopie mitgeteilt wurde, war eine Mahnung zur Mässigung in gelindesten Form, und nach der principiellen Seite so nichtssagend, dass der Fürst dessen Veröffentlichung nicht wünschen konnte. So musste es ihm denn erwünscht sein, einen Grund zu haben, der ihn auf eine gemeinsame Erklärung der Mächte vorderhand verzichten liess. Er fand diesen Grund in der zum Teil günstig veränderten Lage der Dinge. Genf war dem Radikalismus für einmal noch nicht unterlegen und St. Gallen hatte eine Instruktion beschlossen, die eine Gewaltanwendung gegen die katholischen Stände bis auf weiteres unmöglich machte.

In der Schweiz waren inzwischen die Verhandlungen zwischen Österreich und Frankreich nicht unbemerkt geblieben. Das Gerücht, die Mächte gedächten der Schweiz eine Mediation anzubieten, veranlasste den Vorort, durch die Gesandten in Wien und Paris gegen ein solches Vorhaben energisch zu protestieren.¹ Der Fürst beeilte sich, den schweizerischen Gesandten in diesem Punkte zu beruhigen und fügte hinzu, „dass in Ansehung der Schweiz von den Mächten dasjenige, was sie über die dortigen Zustände und Vorgänge zu bedenken geben wollten, bereits ausgesprochen worden sei.“²

Damit schlossen die diplomatischen Verhandlungen des Jahres 1845. Ihr Fazit war für Metternich kein erfreuliches. Wieder einmal war sein Versuch gescheitert, einen gemeinsamen Protest der Mächte gegen eine Verletzung des Vertrages von 1815 zu veranlassen. Dagegen

¹ Vorörtl. Protokoll vom 3. Juli 1845.

² Dep. v. Effingers vom 19. Juli 1845. Ein offizielles Dementi brachte die Augsburger Zeitung vom 20. Juli 1845.

hatte die Schweiz die Uneinigkeit der fremden Kabinette kennen gelernt. Unter solchen Umständen durfte man sich von blossen Räten oder Mahnungen in Zukunft keine sichere Wirkung versprechen; es kam also vielleicht auf schärfere Massregeln an. Wie konnte aber der Fürst hierbei auf die Hilfe Frankreichs hoffen, wenn dessen Zustimmung zu einer rein theoretischen Verständigung schon so schwer zu erlangen war!



V.

„La Suisse, pour l'heure, est tranquille, et il ne faut pas y toucher“, hatte Metternich am 26. Oktober 1845 an Apponyi geschrieben. Diese äussere Ruhe kennzeichnete auch die erste Hälfte des folgenden Jahres; sie konnte jedoch die tiefer Blickenden nicht täuschen.

Am 9. Juni 1846 wurde das Geheimnis des Sonderbundes durch die Verhandlungen im Freiburger Grossen Rate verraten; im Schoss der Tagsatzung stellte jetzt das vormals konservative Zürich den Antrag, diese Vereinigung sei als bundeswidrig aufzuheben. Noch versagten aber Genf und St. Gallen ihre Zustimmung, und so blieb auch die Jesuitenfrage unentschieden. Um dieser unerträglichen Spannung ein Ende zu machen, bot man beiderseits alle Kräfte auf. Die VII Kantone begannen ernstlich zu rüsten. Siegwarts Bemühungen, für den Sonderbund einen ausländischen General zu erhalten¹, gehen bis ins Jahr 1844 zurück. Unterhandlungen mit polnischen Generalen blieben ohne Erfolg; einen Augenblick dachte man sogar an den blutdürstigen Cabrera in Spanien.² Jetzt, im Frühjahr 1846, wandte man sich

¹ Siegwart berichtet hierüber mit der ihm eigenen Geschwätzigkeit a. a. O. III, 230—245.

² „Landammann Nikolaus Herrmann von Sachseln hatte mir den Vorschlag gemacht, den spanischen General Cabrera zu berufen.

mit dem Gesuch um einen Oberbefehlshaber an Österreich. In der Antwort aus Wien offenbarte sich die Verlegenheit des Fürsten. Eine runde Absage hätte die VII Stände entmutigt, andererseits konnte eine direkte Zusage die Zukunft kompromittieren. Schon längst sah man in Wien überhaupt die Defensive als die einzig richtige Taktik an; in der Schweiz sprachen für diese Taktik noch besondere Gründe: Ein Eingreifen der Mächte war nur als Verteidigung eines Angegriffenen, nicht als Unterstützung eines Angreifenden denkbar. Man suchte daher die Kriegslust der VII Stände nicht mehr anzufeuern, als unbedingt nötig war.¹ So erschien anfangs 1846 Fürst Friedrich Schwarzenberg in Luzern, angekündigt durch ein geheimnisvolles Schreiben Metternichs, in welchem man über den eigentlichen Zweck seiner Mission völlig im Unklaren gelassen wurde; er erklärte überdies sofort, keine eigentliche offizielle Sendung zu haben. Trotz dieser vorsichtigen Haltung rechnete Metternich noch zu wenig mit dem Temperament Siegwart-Müllers, dessen Freude bei diesem ersten Zeichen einer wirklichen Hilfe Österreichs „überschwänglich“ war: „Ich träumte mir, sein (des Fürsten) Eintritt in unsere Dienste würde eine unabsehbare Menge von Vorteilen nach sich ziehen, Österreich würde uns, um

weil dieser, wie Herrmann meinte, die Radikalen zusammenschiesse und sie nicht schonen würde.“ Siegwart a. a. O. III, 233. Auf das wiederholte Drängen Herrmanns fragte Siegwart einen „Freund in Paris“ um seine Meinung, liess aber auf dessen Bescheid diese Kandidatur fallen.

¹ ... „Die Gesandten von Frankreich, Preussen und Österreich ... hatten uns gegenüber nichts Eindringlicheres zu befürworten und ans Herz zu legen, als dass wir ja nicht zuerst los schlagen, angreifen, sondern den Friedensbruch unsern Gegnern überlassen sollten.“ Meyer a. a. O. I, 231.

den Ruhm des Fürsten zu sichern, mit Geld, Waffen und Offizieren ausstatten“.¹ Es lag nicht im Willen Schwarzenbergs, dass dieser Traum nicht in Erfüllung ging. Persönlich der Sache des Sonderbundes eifrig zugehan, versprach er, sich in Wien um Geld, Stabs-offiziere und Waffen zu verwenden und arbeitete bei seinem zweiten Besuch — im August 1846 — einen Verteidigungsplan und eine Landsturmorganisation aus. Bald war er mit den militärischen Verhältnissen der VII Kantone vertraut und schon betrieb Siegwart-Müller aufs hartnäckigste seine Wahl zum Oberbefehlshaber, ohne indessen die politischen Bedenken der übrigen Mitglieder des Kriegsrates überwinden zu können. Da erhielt Schwarzenberg plötzlich von Wien die Weisung, zurückzukehren. Später, unmittelbar vor dem Fall des Sonderbundes ist er — seinem Versprechen gemäss — wieder in Luzern erschienen, hat aber durch seine rückhaltlos pessimistische Beurteilung der Situation den Kriegsrat des letzten Restes von Energie und Zuversicht beraubt und so die Katastrophe eher beschleunigt als aufgehalten.

In Paris fand Siegwart-Müller natürlich noch weniger Entgegenkommen als in Wien. Louis Philippe hatte freilich bei Gelegenheit seiner Gratulation zum Sieg über die Freischaren seine Geneigtheit erkennen lassen, Luzern und seinen Verbündeten auf irgend eine Weise gefällig zu sein. Das Verlangen nach einem Oberbefehlshaber lehnte er aber rundweg ab: das Nationalgefühl der Schweiz — meinte er — würde durch einen französischen General zu sehr verletzt werden.

Während sich so die katholischen Stände um die

¹ Siegwart a. a. O. III, 238.

Hilfe des Auslandes bemühten¹ und teils mit höflichen Absagen, teils — was noch schlimmer war — mit falschen Hoffnungen abgespiesen wurden, machte die freisinnige Sache in andern Kantonen rasche Fortschritte. In Bern siegte am 31. Juli die Revisionsbewegung; Neuhaus fiel und die „Freischarenregierung“ kam ans Ruder. Wie zum Hohn auf die europäische Diplomatie, welche vor einem Jahre gegen die Freischaren aufs feierlichste protestiert hatte, sollte deren Anführer, Ulrich Ochsenbein, mit Beginn des folgenden Jahres den Präsidentenstuhl der Tagsatzung besteigen. Aber diese neue Konstellation, so drohend sie aussah, hatte doch auch für Metternich ihr Gutes. Es war wieder einer der eklatanten Fälle, wie sie dem Fürsten in seiner Politik schon so oft zu statten gekommen waren. Auch jetzt sollte die schlimme Situation aufs beste ausgenützt werden. Der Ton der Metternichschen Noten, früher zumeist steif und gemessen, wird jetzt leidenschaftlich und dringend; mit den lebhaftesten Farben wird die drohende Gefahr gemalt: „Um die Lage zu kennzeichnen — schreibt der Fürst am 20. September an den Stell-

¹ Die stillen Hoffnungen gewisser Kreise in dieser Beziehung illustriert u. a. ein Neujahrsgedicht (1847) des ultramontanen St. Galler „Wahrheitsfreund“, worin die Stelle vorkommt:

... „Denn wird ein Volk durch Stolz zum faulen Aase,
Da sammeln Adler sich herum zum Frasse.“

Auch unter den Gemässigten fand die Interventionsidee Freunde. So bekennt Eduard Blösch (der spätere Landammann von Bern) in seinem Tagebuch vom Sommer 1847, „die Beobachtung gemacht zu haben, dass Leute, die vor Jahren sich darob entsetzt hätten, allmählich dem Gedanken an Intervention Eingang gestatteten, und zwar vorzugsweise Personen aus den höhern Ständen.“ (Blösch, Eduard Blösch und 30 Jahre bernischer Geschichte. Bern 1872, pag. 219).

vertreter Apponyis in Paris, Ritter von Thom — genügt es, sich zu sagen, dass an der Spitze der Regierung des ersten helvetischen Kantons die Chefs der Banden placiert sind, welche voriges Jahr auf verräterische Weise den Kanton Luzern überfallen haben, und dass im Jahre 1847 die schweizerische Tagsatzung von einem Manne präsidirt und der eidgenössische Vorort, inbegriffen das höhere Kommando über die eidgenössischen Truppen geleitet sein wird, welchen die Tagsatzung des Jahres 1845 — gewiss nicht verdächtig wegen anti-radikalen Sympathien — nichtsdestoweniger aus Scham wegen seiner Theilnahme an dem Angriffe auf Luzern aus den Reihen der eidgenössischen Armee streichen zu sollen glaubte“ ...

... „Nur eine Gewalt besteht nach unserer Ansicht noch in der Welt, welche imstande ist, dem Ausbruche von Katastrophen, wie sie sich von dieser Seite vorbereiten, vorzubeugen, und diese befindet sich in den Händen der Mächte, die der helvetischen Konföderation den Platz angewiesen haben, den sie im europäischen Staatensysteme einnimmt.“

„Wenn die Mächte in einer Art, um verstanden und geglaubt zu werden, erklären, dass sie einen gewaltsamen Umsturz der gesetzlichen Ordnung in der Schweiz nicht dulden werden; wenn sie entschlossen sind, im Notfalle ihren Worten die Vollziehung nachfolgen zu lassen, so ist die grösste Wahrscheinlichkeit dafür vorhanden, dass, kaum im Anfang, die Ausführung des Umsturzplanes nicht stattfinden werde; es ist gewiss, dass, wie immer die Lage sich gestalte, die Mächte dem Schimpfe sich nicht unterziehen müssen, als vollendete Thatsache das Übel anzunehmen, gegen das ihr gemeinsames Interesse zu protestieren gebietet.“

Die Note gipfelt in zwei praktischen Vorschlägen. Zu Beginn des folgenden Jahres, da Bern Vorort wurde, sollten sämtliche Gesandtschaften aus dieser Stadt entfernt und an einen andern Ort der Schweiz verlegt werden: „Es wäre unpassend für die Höfe, welche voriges Jahr die Verbrechen der Freischaren auf eine so offene und energische Weise gebrandmarkt haben, ihren Repräsentanten in der Schweiz zu erlauben, dass deren Berührungen mit den Chefs dieser Banden, die nun das Staatsruder in Bern in die Hände bekommen, um eine einzige Linie die Forderungen eines streng amtlichen Verkehrs überschreiten. Zu diesen Forderungen gehört der persönliche Aufenthalt der fremden Minister in Bern nicht.“ Zweitens wünscht Metternich als Antwort auf Berns Anzeige seines Amtsantritts gleichzeitige und gleichförmige Erklärungen der Mächte „über die Grenzen, welche sie ihrer Unthätigkeit bei den Ereignissen zu setzen gedenken, die der unter den regierenden Leuten in Bern herrschende Geist des Umsturzes hervorzurufen geeignet ist.“ Die Gleichzeitigkeit und Gleichförmigkeit der Noten lag jetzt dem Fürsten vor Allem am Herzen: „Sie würden ihren Zweck verfehlen, wenn nach den Vorgängen des vorigen Jahres diese eine nach der andern, in grossen Zwischenräumen anlangten und durch den verschiedenen Wortlaut Anlass zu Zweifeln und verschiedenen Auslegungen geben würden.“

„Gegenteils aber“ — so fährt er fort — „würden sie einen imposanten Eindruck auf alle Parteien machen, die Bewegungspartei einschüchtern, der Widerstandspartei Mut einflössen, sie würden — was in unsern Augen beinahe das Wichtigste ist — um die konservative Fahne die zahlreiche, aber unthätige und kleinmütige Masse

jener Leute in der Schweiz scharen, die das Gute wollen, dazu aber nicht den Mut haben“.¹

Warum Metternich die Gesandten aus Bern entfernt wissen wollte, ist nicht schwer zu erklären. Es war nicht undiplomatische Empfindlichkeit, die den Fürsten dazu veranlasste, noch weniger „ratlose Ohnmacht“, wie Siegwart behauptet. Er wollte endlich einmal die Mächte auf die Bahn eines energischen Vorgehens bringen. Denn dieser erste Schritt, so harmlos er an sich erschien, barg doch ernstere Konsequenzen. Als deren letzte bezeichnete Metternich jetzt die bewaffnete Intervention, die er noch vor einem Jahre als unausführbar bezeichnet hatte. Er verlangte dafür drei Voraussetzungen:

1. Sie soll statthaben auf das ausdrückliche Verlangen einer der kämpfenden Parteien,
2. im Auftrage der Mächte, welche die Verträge von Wien und Aachen unterzeichnet haben,
3. sie darf nicht einseitig durch eine der benachbarten Mächte vollzogen werden; jedes besondere Interesse soll dabei ausgeschlossen sein.

Diese letzte Perspektive einer bewaffneten Intervention, obwohl sie der Fürst vorsichtigerweise in weite Ferne rückte, genügte dennoch, um Louis Philippe und Guizot schon vor dem ersten Schritt einen nicht ungerechtfertigten Schrecken einzujagen. Man musste also diesem ersten Schritt nach Möglichkeit ausweichen. Am 1. Oktober berichtet von Thom aus Paris: Guizot sei mit der Erklärung der Mächte einverstanden — nur dürfe sie durchaus keine Drohung enthalten; eine kurze und kalte Empfangsbescheinigung genüge: damit war

¹ Meyer II, 117 ff.

der Erklärung die Spitze abgebrochen. Auf die Abberufung der Gesandten sodann scheine Guizot kein besonderes Gewicht zu legen. Dagegen sei er mit der materiellen Intervention und ihren drei Bedingungen einverstanden.¹ Das heisst: man versprach das Schwierigere, versagte aber das Leichtere, um nicht in den Fall zu kommen, das Schwierigere halten zu müssen. Denn wie hätte das französische Kabinett, das der Kammer gegenüber bei jeder Gelegenheit von Beteuerungen des Wohlwollens gegenüber der Schweiz überfloss,² an eine Intervention ohne vorausgehende Drohung denken können!

Metternich war aber nicht gesonnen, in der Gesandtschaftsfrage nachzugeben. Er erklärte am 11. Oktober, dass es der entschiedene Wille Seiner k. k. apostolischen Majestät sei, ihrem Vertreter bei der Eidgenossenschaft den Aufenthalt in Bern nicht zu gestatten, und dass dieser bis auf weiteres in Zürich zu verbleiben habe. Er wünsche diesfalls die Entschliessung des französischen Kabinetts zu kennen. In der zweiten Frage dagegen betrat er einen Mittelweg. Da ihm die einfache Empfangsbescheinigung nicht genügte, schlug er folgende Phrase vor, worin eine direkte Drohung vermieden war: „Dass die Mächte, indem sie fortwährend geneigt sind, die aufrichtigsten Beziehungen der Freundschaft und guter Nachbarschaft mit der helvetischen Konföde-

¹ Meyer II, 122 f.

² In der Kammersitzung vom 10. Juni 1845 antwortete Guizot auf eine Interpellation Billaults u. a.: „Je suis bien aise de lui dire d'abord que l'amitié, je dis l'amitié qui est plus que la bienveillance, que l'amitié de la France pour la Suisse n'a subi aucune altération et que le langage même dont le Gouvernement du Roi a cru devoir user dans une occasion capitale pour la Suisse, a été une preuve d'amitié.“ (Journal des Débats vom 11. Juni 1845).

ration zu unterhalten, diese Gefühle jedoch nur einer eidgenössischen Centralregierung weihen können, welche ihre Amtsthätigkeit auf die Grundlage stellt, auf welcher diese Autorität selbst errichtet wurde; das heisst auf den Vertrag, durch welchen die Schweiz 1815 zu einem politischen Körper und zu einer Nation konstituiert wurde.“¹

Was alles Drängen Metternichs nicht zu erreichen vermochte, schien jetzt ein Ereignis zu vollbringen, dessen Kommen der Fürst in dieser Note voraussagte: Am 8. Oktober — drei Tage vor dieser Prophezeiung — war der Sturz der konservativen Genfer Regierung erfolgt. Damit hatte die freisinnige Partei in der Tag-satzung eine elfte Stimme gewonnen; die Entscheidung war um einen grossen Schritt näher gerückt.

Jetzt wurden Metternichs Mahnungen noch drin-gender: „Der Augenblick ist ernst — schrieb er am 16. Oktober an Apponyi — und es kann der letzte sein, wo es noch den Mächten gestattet ist, ruhig sich zu beraten und über ihre Haltung gegenüber allen Eventua-litäten sich zu einigen, bevor der Einbruch der grössten Katastrophen die Freiheit ihres Handelns in Ketten legt, oder sie zu rascher That zwingt.“² In der beigeschlos-senen Privatdepesche finden wir folgende, die Situation bezeichnende Äusserung: Ich wünsche zu erfahren, nicht was Guizot denkt, sondern was er zu thun vermag.

Es schien dieser Ermahnungen bei Guizot nicht zu bedürfen. Die Genfer Ereignisse hatten einen tiefen Eindruck auf ihn gemacht³, und nach den nun folgenden

¹ Meyer II, 123.

² Meyer II, 127.

³ „Guizot verzehrt sich fast vor Gram über die Genfer Dinge. Genf ist ihm so lieb, weil er dort seiner Zeit Theologie studierte.“ (Aus einem Privatbrief an Siegwart-Müller. Siegwart III, 931).

Depeschen des österreichischen Botschafters in Paris wäre man jetzt in Paris mit allen Massregeln Metternichs einverstanden gewesen: „Herr Guizot tritt unbedingt der Ansicht Eurer Durchlaucht bei, dass es nicht angehe, die bei der Schweiz beglaubigten fremden Gesandtschaften ferner in Bern residieren zu lassen; der Botschafter Frankreichs werde die Weisung erhalten, wenigstens für einige Zeit seinen Wohnsitz anderswo in der Schweiz aufzuschlagen.“

Ferner: „Der Minister des Äussern hat seine Zustimmung zu dem Sinne der vorgeschlagenen Phrasen über die Aufrechterhaltung des Bundesvertrags erteilt und zur Aufnahme derselben in die Antwortnote der Höfe auf die Antrittsanzeige der Regierung als Vorort. Es genüge, wenn diese Phrase, ohne identisch im Ausdruck zu sein, dies im Sinne in allen und jeder der erwähnten Noten sei.“

Endlich gibt Guizot zu, dass eine unbestimmte Verlängerung des Bürgerkrieges und ein Zustand vollendeter Anarchie in der Schweiz eine materielle Intervention der Mächte notwendig machen würden.¹

Ganz anders lautet nun aber die Note, die Guizot am 22. Oktober an den französischen Botschafter Flahault in Wien richtete.² Es ist schon eine Brücke zum

¹ Meyer II, 129.

² In seinen Memoiren, pag. 449, gibt Guizot vor, diese Note noch ohne Kenntnis der Metternichschen Vorschläge geschrieben zu haben, während von Thom schon am 1. Oktober über die Aufnahme dieser Vorschläge durch Guizot berichtet. Die Depesche Metternichs vom 11. Oktober, die Guizot erst am 25. empfangen haben will, ist nicht, wie Guizot an gleicher Stelle glauben machen will, die erste Note Metternichs in dieser Frage, sondern die Antwort auf jenen Bericht von Thoms vom 1. Oktober. Ein neuer Beweis, dass die Guizot'schen Memoiren mit Vorsicht zu benutzen sind.

Rückzug, der denn auch wirklich erfolgte: Eine lange theoretische Abhandlung über die unüberwindlichen Schwierigkeiten einer Intervention in der Schweiz. „Wenn ich glaubte — heisst es da u. a. — dass heute eine diplomatische, mit Nachdruck ausgesprochene Intervention, dass klare und in drohendem Tone gehaltene Erklärungen die wachsende Anarchie in der Schweiz aufhalten, dem bevorstehenden Bürgerkrieg vorbeugen und in diesem Lande eine erste Regung zu der für sein Heil notwendigen Reaktion hervorrufen könnten, so würde ich mich beeilen, dazu zu raten und mitzuwirken, allein ich gestehe, dass ich das nicht hoffe; das Übel scheint mir zu allgemein, zu tief, um in seinem Verlaufe durch, wenn auch sehr weise und sehr gewichtige Worte aufgehalten werden zu können; ich fürchte, dass kein äusseres wirksames Heilmittel angewendet werden könne, bevor nicht im Innern bittere Leiden die Schweizer dazu gebracht haben, dessen Notwendigkeit zu fühlen und anzunehmen. Zu den Krankheiten der Gesellschaften, wie denjenigen der Individuen, gibt es ausersehene Tage für die Heilung, für die Anwendung dieses oder jenes Heilmittels; täuscht man sich über solche günstige Tage, wendet man Mittel an, deren Stunde noch nicht gekommen, so gebraucht man nicht nur solche Mittel ohne Nutzen, sondern man verschlimmert, statt es zu heilen, das Übel.“

„Das wäre, wenn ich mich nicht täusche, in der Schweiz die Folge diplomatischer, positiver und öffentlicher Drohungen; sie würden nicht ausreichen, um den revolutionären Geist aufzuhalten und würden bei dieser ihrer Unzulänglichkeit entweder ganz fruchtlos bleiben oder uns zu einer unmittelbaren, vorzeitigen materiellen Intervention bringen.“

Mit noch viel grösserem Schwanken und grösserer Zurückhaltung äusserte sich Guizot in einem zur Mitteilung an Palmerston bestimmten Privatbrief an der französischen Gesandten, Grafen Jornac in London.

So war Guizots Hand, die Metternich schon zu fassen glaubte, ihm wieder entglitten. Der Fürst versuchte jetzt einen neuen Weg. Da Frankreich ohne England bis auf weiteres zu einer ernsthaften Mitwirkung nicht zu gewinnen war und auch Preussen zur Wahrung des unparteiischen Scheines auf das Mitgehen Englands grosses Gewicht legte, wandte er sich an Palmerston mit der Einladung, sich den übrigen Mächten in ihrem Vorgehen gegen die Schweiz anzuschliessen.¹

Dass dieser Schritt Metternichs ein ziemlich aussichtsloser war, dafür bürgte schon die Persönlichkeit Palmerstons, den Metternich nicht ohne Grund aufrichtig hasste, und der schon bei Gelegenheit des Frankfurter Attentats dem Bundestag hatte erklären lassen, „dass die Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit auch der kleinsten Staaten in Europa jederzeit ein englisches Interesse sei.“

Aber auch der Augenblick der Einladung war höchst sonderbar gewählt. In diesen Tagen vollzog Metternich nämlich die längst vorbereitete Einverleibung Krakaus in die österreichische Monarchie. Durch diese offenkundige Verletzung der Wiener Verträge vernichtete Metternich sein eigenes Werk und entzog sich selbst die „legale Basis“, auf die er sich stets so viel zugute that; er forderte damit den Protest derjenigen Macht heraus, die er gerade jetzt um eine Gefälligkeit angehen wollte!

¹ Dep. Metternichs an Dietrichstein in London vom 28. Oktober und 4. November. Meyer II, 138 f.

Man kann sich angesichts der sonstigen Gewandtheit Metternichs im Aufspüren und Benutzen von Gelegenheiten des Gedankens nicht erwehren, dass ihm die Ablehnung Englands nicht nur gleichgültig, sondern geradezu erwünscht gewesen ist.¹ Auf Englands Mitwirkung konnte der Fürst nicht zählen; denn hatte schon Aberdeen sich zurückhaltend gezeigt, so war von Palmerston erst recht nichts zu hoffen. So lange aber auf englischer Seite auch nur der Schein der Bereitwilligkeit noch bestand, konnte Frankreich sich auf das Mitgehen Englands versteifen. Diesen Schein zu vernichten, England zu einer runden Absage zu veranlassen und so eine klare Situation zu schaffen — das mag vielleicht hier der Zweck Metternichs gewesen sein. Hatte der Fürst diesen Zweck im Auge, so fand er sich — wenigstens für den Augenblick — hinsichtlich Englands nicht getäuscht; dafür liess ihn aber Frankreich neuerdings im Stiche.

Schon die erste Antwort Palmerstons war nicht geeignet, zu neuen Anfragen zu ermutigen. Ein Einverständnis unter den Grossmächten und eine Warnung des neuen Vorortes billigte er freilich; dieses Einverständnis ward aber sofort wieder illusorisch durch die entschiedene Ablehnung einer Intervention sowohl, wie der Entfernung der Gesandten.²

¹ Vgl. Guizot, Memoiren, VIII, 467 f.: „M. de Metternich mit un moment en question la nécessité d'inviter l'Angleterre à se joindre aux démarches des puissances continentales envers la Suisse; *il aurait bien mieux aimé que la France se trouvât seule, dans cette affaire, en présence des trois cours du Nord, espérant qu'il lui serait plus facile de nous entraîner dans sa politique.* Mais j'écartai formellement cette insinuation“ ...

² Meyer II, 142.

Inzwischen erfolgte am 11. November die Veröffentlichung der Annexion Krakaus; am 23. erliess Palmerston seine Protestnote. Von einer Unterstützung Österreichs durch England war nun erst keine Rede mehr. „Die gemeinsame Grundlage der Aufrechterhaltung der Verträge — äusserte sich Palmerston dem österreichischen Gesandten gegenüber — die wir z. B. gegenüber der Schweiz anrufen sollten, scheint mir von dem Augenblick an unzulässig, wo ihr nach unserer Ansicht hinsichtlich Krakaus entgegen den Verträgen gehandelt habt, und wo ihr in den Angelegenheiten Spaniens eure Bemühungen mit den unsrigen zu vereinigen euch weigert.“

Die Sonderstellung, die England auf diese Weise offen proklamierte, führte zum Rücktritt des bisherigen englischen Gesandten in der Schweiz, Morier, der mit der konservativen Partei sympatisierte. Sein Nachfolger war Robert Peel, ein junger Mann, der seine erste Rolle gut durchführte. Durch eine Depesche vom 29. Dezember 1846 wurde der neue Botschafter angewiesen, in Bern zu bleiben und sich auf die bisher übliche Weise zu benehmen. Selbstverständlich unterblieb auch der Anschluss an die gemeinsame Erklärung der andern Mächte.

Frankreich blieb auch bei dieser Gelegenheit seiner zweideutigen Haltung treu. Es liess am 3. Dezember der Protestnote Englands die seinige folgen, beeilte sich aber, Österreich zu verstehen zu geben, dass die Sache nicht ernst gemeint sei. Im Gegenteil bahnte sich jetzt ein intimeres Verhältniss zwischen Frankreich und Österreich an: man garantierte sich gegenseitig den Besitz von Krakau und die spanischen Heiraten. Auf die Schweizer Angelegenheiten hatte dies aber vorläufig keinen Einfluss. Allerdings ersetzte Guizot jetzt den zu

zahmen Botschafter in der Schweiz, de Pontois, durch den eifrigen Ultramontanen Bois-le-Comte und erteilte diesem die Weisung, unter der Hand sein Möglichstes zur Unterstützung der reaktionären Partei zu thun und sein Einverständnis mit den übrigen Botschaftern deutlich zu verstehen zu geben. Als aber Bois-le-Comte seine Sache zu gut machte und zu unbedingtem Anschluss an Österreich und materieller Intervention riet, rief ihn Guizot schon einen Monat nach Antritt seiner Stelle — zu Anfang des Jahres 1847 — zum Zwecke einer Belehrung nach Paris. Diese Belehrung bestand darin, dass Guizot versuchen werde, mit England Hand in Hand zu gehen, und dass von einer materiellen Intervention in der Schweiz eigentlich erst dann die Rede sein könne, wenn man sie dort, erschöpft von Bürgerkrieg oder Anarchie, selbst verlange.¹

Deutlicher aber als alles andere sprach gegen die Einigkeit zwischen Österreich und Frankreich, deren sich Bois-le-Comte auf seinen diplomatischen Geschäftsreisen² beständig berühmte, das Verbleiben dieses Gesandten in Bern, während die übrigen Botschafter ihren Wohnsitz nach Zürich verlegt hatten.

Gewitzigt durch Frankreichs bisheriges Verhalten

¹ Guizot, Memoiren, VIII, 463—468.

² Bei solchen Gelegenheiten pflegte sich Bois-le-Comte in dunkeln Andeutungen über die Möglichkeit eines Einschreitens von seiten Frankreichs zu ergehen: „Je me suis toujours renfermé ici dans des expressions solennelles et obscures qui disaient beaucoup moins à l'oreille qu'à l'imagination. Chacun comprenait ce que je voulais; mais je ne vous engageais qu'à l'éventualité d'une démarche grave quelconque et qui pouvait, selon votre convenance, être aussi bien satisfaite par une note, ou même par le silence, que par une démonstration militaire.“ Bois-le-Comte an Guizot, den 13. Jan. 1847 (Guizot, Memoiren 466 f.).

wartete daher Metternich dessen Zustimmung zur identischen Note nicht ab; überdies drängte die Zeit zum Handeln.

Am 10. Januar 1847 übergaben die Gesandten Österreichs, Preussens und Russlands dem Vororte Bern endlich die vielbesprochene Note, deren Hauptstelle lautete:

„In der Behörde, an welche der Unterzeichnete die gegenwärtige Mitteilung zu richten hat, ehrt der (österreichische) Kaiserstaat die durch Art. X des Bundesvertrags vom 7. August 1815 für die Leitung der Bundesangelegenheiten berufene. Durch das Organ dieser Behörde wird der k. k. Hof getreu seinen völkerrechtlichen Verpflichtungen wie seinen Gefühlen aufrichtiger Freundschaft für die Schweiz, stets in solchem Sinne seine Verhältnisse zur Eidgenossenschaft zu pflegen bemüht sein, insofern als die Grundlage, aus welcher die dem Vorort jeweilen übertragene Gewalt entspringt, und auf der sie dermalen von Bern geübt wird, in ihrem Bestande nicht angegriffen und in ihrem Geiste nicht verletzt wird.

„Diese Grundlage ist keine andere als die Bundesurkunde vom 7. August 1815, und dem Geiste dieser letzteren kann allein durch die unverbrüchliche Aufrechthaltung der durch den Bund gewährleisteten und nur für bestimmt ausgesprochene Bundeszwecke beschränkten Kantonsouveränität Genüge geleistet werden.

„Über diese Gesinnungen und die daraus sich ergebenden Folgerungen glaubt der k. k. Hof den neu eintretenden Vorort um so weniger in Ungewissheit lassen zu dürfen, als die Zeitverhältnisse, unter denen er sein hohes Amt antritt, unverkennbar einen ernsten Charakter an sich tragen.“¹

¹ Meyer II, 148.

Die Antwort des Vororts erfolgte schon am 14. Januar. Sie lautet schlechthin abweisend: Die neue vorörtliche Behörde sei in Beziehung auf die Leitung der ihr als solcher obliegenden Geschäfte nur den mitverbündeten Kantonen verantwortlich, sie sei fest entschlossen, die Selbständigkeit der Schweiz und ihrer bundesgemässen Behörden sorgsam zu wahren und jeden Versuch, sich in die innern Angelegenheiten der Eidgenossenschaft einzumischen, entschieden abzulehnen.¹

Vergebens that der österreichische Gesandte in Paris Schritte, um wenigstens Guizots nachträglichen Beitritt zur identischen Note zu erlangen. Guizot versprach ihn zuerst, acht Tage später weigerte er sich, eine bestimmte Erklärung abzugeben.

Neben den diplomatischen Verhandlungen hatte Metternich im Drang der Not auch kräftigere Mittel nicht verschmäht. v. Philippsberg, der als Gesandter inzwischen — am 10. September — durch den bedächtigeren v. Kaisersfeld² ersetzt worden war, erschien im November 1846 als ausserordentlicher Bevollmächtigter in Tessin und Graubünden. Er sollte diese Kan-

¹ Vorörtl. Protokoll vom 14. Jan. 1847. In ihrer Antwort auf die Mitteilung dieser Note durch den Vorort sprechen Luzern und Schwyz von dem „schmerzlichen Gefühl, das jeden Eidgenossen ergreifen muss beim Anblick so ernster Mahnungen ab Seite der bisher der Schweiz befreundeten Mächte.“ Sie sehen den Grund dazu in den „anarchischen Auftritten“, die den „Glauben an die Fortdauer der Herrschaft der Gesetze“ im In- und Ausland bedeutend erschüttert hätten. (Vorörtl. Prot. v. 4. Febr. 1847.) Dagegen richtete der „schweiz. volkstümliche Vaterlandsverein“ ein Dankschreiben an den Vorort.

² Bei dieser Wahl scheint Metternich eine unglückliche Hand gehabt zu haben. Meyer (I, 231) nennt v. Kaisersfeld „einen unter dem Niveau der Bedeutungslosigkeit stehenden Beamten.“

tone, die durch den Handelsverkehr in gewissem Sinne von Österreich abhängig waren, durch Drohungen von der Mitwirkung an einem Exekutionsbeschluss gegen die VII Kantone abhalten. An beiden Orten erfuhr er die verdiente Abfertigung.¹

So sah Metternich seine Bemühungen in der Hauptsache abermals gescheitert, als die „Schweizer Revolution“ in ihr letztes Stadium trat.

¹ Als die Regierung von Graubünden sich über Philippsbergs Aufführung bei Metternich beschwerte, ward ihr die Antwort, man habe in Wien in dieser Sache kein „Ansinnen stellen“, sondern bloss auf die Wirkungen eines Exekutionsbeschlusses „aufmerksam machen“ wollen. (Dep. v. Effingers vom 18. November 1846.) Die Idee einer derartigen Beeinflussung Tessins und Graubündens scheint zuerst Hofrat v. Werner gehabt zu haben, laut Privatbrief an Siegwart (Siegwart III, 934).

VI.

Hatten die Mächte überhaupt noch die Hoffnung gehegt, dass es in der Schweiz nicht zum Kriege komme, so wurde diese Hoffnung durch den Ausfall der St. Galler Wahlen vom 2. Mai 1847 nahezu vernichtet.¹ Unter dem Eindruck dieses Ereignisses sah sich selbst Frankreich jetzt genötigt, eine entschiedenere Haltung einzunehmen. Vor allem musste der Schein eines Einverständnisses mit den übrigen Mächten — namentlich Österreich — gewahrt werden. Das war der hauptsächliche Zweck jener Verbalnote, die der französische Botschafter bei seiner officiellen Visite anfangs Juni dem neuen Tagsatzungspräsidenten Ochsenbein vorlas. Die Note tadelt den Freischarenüberfall, anerkennt nur eine föderative Schweiz und enthält die geheimnisvolle, in der Folge berühmt gewordene Drohung: „nous examinerons“. Sie schliesst mit den Worten:

¹ v. Kaisersfeld scheint freilich diese Hoffnung bis zum letzten Augenblick nicht verloren zu haben. Noch am 20. Juni berichtet er Metternich voller Freude einen Ausspruch Furrers ihm gegenüber, „dass er entschieden gegen einen Exekutionsbeschluss sei, die Mehrheit in der Regierung auf seiner Seite stehe.“ . . . Nach Siegwart (III, 924) „lebte überhaupt die Diplomatie in der Schweiz beinahe immerwährend in der Täuschung, der Radikalismus werde es nicht zum offenen Kampfe treiben.“ . . . Kaisersfeld „hing sich an jeden Strohalm, um dieselbe nicht fahren lassen zu müssen.“

„Nous nous sommes arrêtés à cette seule résolution, à ce seul mot: nous examinerons. Je suis complètement en mesure d'ajouter que nous le ferons dans un parfait accord d'esprit et d'intentions avec les puissances signataires du même traité, et plus particulièrement avec l'Autriche, placée envers la Suisse dans une position analogue à la nôtre par la contiguïté de ses frontières.“¹

Die Antwort Ochsenbeins lautete ähnlich wie die frühere des Vorortes: Was die Anspielung auf die Freischaren anbetreffe, so sei er diesfalls nur den Behörden und der öffentlichen Meinung verantwortlich. Die Verträge werde man zu respektieren wissen, wobei man sich gegen jede Einmischung in die innern Angelegenheiten der Schweiz verwahre.²

Zur gleichen Zeit, als Guizot durch Bois-le-Comte dergestalt das innige Einverständnis Frankreichs mit Österreich hervorheben liess, erhielt er Metternichs dringende Mahnung, sich endlich positiv zu erklären, ob er an einem gemeinsamen Schritt der Mächte teilnehmen könne. Nachdem er in seiner Depesche an Apponyi vom 7. Juni alle Folgen der St. Galler Wahlen geschildert und die dringende Notwendigkeit eines Einverständnisses unter den Mächten hervorgehoben, fährt Metternich fort: „La Suisse ne peut plus être sauvée de la ruine vers laquelle le parti est prêt de la pousser, que si les Puissances (l'Autriche, la France, la Russie et la Prusse) se décident à lui déclarer en temps utile, c'est-à-dire avant qu'un arrêté de la Diète ait irrévocablement lié la cause de toute la Confédération à

¹ d'Haussonville in der Revue des deux mondes 1850, V 477 f.

² Meyer II, 151 f.

celle du radicalisme — *qu'elles ne souffriront pas que la souveraineté cantonale soit violentée* et l'état de paix matérielle dont la Suisse jouit encore aujourd'hui *troublé par une prise d'armes, de quelque côté qu'elle ait lieu*. Tout autre essai, moins direct, moins positif, moins unanime de peser sur les résolutions de la Diète qui va se réunir, resterait infractueux, ne fût-ce que par le motif que les députés, arrivant à Berne avec leurs instructions toutes faites, ne *pourraient* même pas, en eussent-ils la volonté, reculer l'exécution des mauvais desseins dont ils sont destinés à être les instruments, *à moins qu'une force majeure ne vînt s'opposer à la poursuite et à l'entier développement de ces plans, et justifier ainsi les délégués des cantons, s'ils ne passent point outre*: or, cette force majeure ne saurait se trouver que dans les déclarations énergiques et uniformes des Puissances. L'effet de son application, d'un autre côté, serait, nous en avons la conviction, immanquable.“ . . .

Metternich kommt sodann auf England zu sprechen: „C'est à mon vif regret que, dans l'énumération de ces Puissances, je me trouve forcé de ne point faire entrer l'Angleterre. La raison de cette omission est que je doute sérieusement de pouvoir engager cette Puissance à s'unir aux quatre grandes Cours continentales, dans le but de suivre une marche commune avec elles. Je reconnais dans l'absence de l'action du Gouvernement britannique une lacune regrettable; mais la possibilité de l'obtenir existe-t-elle? Je désire à cette égard connaître la pensée de M. Guizot, prêt, ainsi que je le suis, à tenter tel essai qu'il reconnaîtrait pouvoir être couronné de succès.“

Dieses letztere Anerbieten beweist, dass Metternich

zum äussersten Mittel entschlossen war. Zum Schluss wendet er sich an Guizot selber: „Mais M. Guizot lui-même veut-il, peut-il se joindre à une démarche qui serait éventuellement à faire à Berne, dans le sens ci-dessus indiqué?“

„Il faut que nous le sachions *promptement et positivement*, afin de pouvoir régler, en temps utile, notre marche en conséquence.

„Nous avons trop souvent eu l'occasion de nous convaincre de la droiture du jugement que ce Ministre porte sur les affaires helvétiques, pour mettre en doute que personnellement il ne donne son assentiment à la mesure que nous suggérons, soit au point de vue de sa nécessité, soit à celui de son efficacité, soit enfin au point de vue du droit qu'ont les puissances de procéder ainsi que nous le proposons.“

„Il ne saurait donc y avoir que des motifs tirant leur origine de considérations gouvernementales et internes, qui pourraient faire renoncer M. le Ministre des affaires étrangères à laisser la France élever sa voix à l'appui de mesures qui seules pourront mener au but.“

„De ces considérations, M. Guizot seul est juge, et c'est à lui qu'il appartient de décider si ce sont elles qui doivent prévaloir, ou si les raisons de haute politique l'emporteront, qui engagent les Puissances à ne pas tolérer qu'un incendie dangereux soit allumé de gaieté de cœur, si j'ose me servir de cette expression, banale peut-être, mais marquant avec justesse la position au centre de l'Europe.“ . . . ¹

Der Vorschlag Metternichs, den schweizerischen Tagsatzungsgesandten gleichsam die Pistole auf die

¹ Meyer II, 152 f.

Brust zu setzen, war viel zu kühn, um beim französischen Kabinett Anklang zu finden. Wohl war Guizot, wie aus diesen und anderweitigen Äusserungen Metternichs hervorgeht, nunmehr persönlich für den entschiedenen Anschluss an Österreich. Im Zusammengehen mit dieser Macht erblickte er jetzt überhaupt mehr und mehr sein Heil; so hatte er im April dem österreichischen Staatskanzler ein förmliches „Einvernehmen“ zwischen Österreich und Frankreich angetragen. Aber in der Schweizer Frage musste er mit dem König und mit der Kammer rechnen, und beide — freilich aus verschiedenen Gründen — waren einer Intervention entschieden abgeneigt. Auch im Ministerrat begegnete Guizot einem entschiedenen Widerstand. Er suchte daher einen Ausweg und fand den folgenden: Österreich sollte mit seinen Truppen die Intervention eröffnen, worauf dann die französischen Truppen nachgefolgt wären. Eine „moralische Intervention“ sollte jedoch als letzter friedlicher Versuch vorausgeschickt werden. Damit plante man eine einfache Wiederholung der „Anconade“ von 1832. Das ganze Odium der Intervention sollte Österreich auf sich nehmen; den Franzosen dagegen war die dankbarere Rolle der liberalen Beschützer zugedacht. So hoffte man durch eine doppelte Komödie sowohl Österreich als das eigene Land zu befriedigen.

Metternich hatte kaum durch seinen Gesandten von diesen Absichten Guizots erfahren, als er sich beeilte, dem französischen Kabinett zu verstehen zu geben, dass er auf diesen Vorschlag unmöglich eingehen könne.

„Il paraîtrait — schrieb er am 20. Juni an Apponyi — que l'on cherche à Paris le moyen d'agir en Suisse en suivant un mode que nous n'adopterons pas, parce

qu'il ferait manquer le but. „Que l'Autriche ouvre la brèche, et la France suivra.“ Cette formule est celle qui a servi de base au soidisant principe de *non-intervention*. Nous avons prêté des secours au Gouvernement de Rome, et la France a occupé Ancone *parce que les forces autrichiennes sont entrées dans l'Etat pontifical!* Un pareil système est l'opposé de celui que nous regardons comme utile. Si nous devions être appelés à une action *matérielle* dans la Confédération helvétique, ce ne serait que pour rétablir la paix intérieure de la Suisse; si la France envoie des forces militaires *parce que* l'Autriche y en aurait envoyé, l'objet que semblerait poursuivre la France différerait du nôtre: cette Puissance assumerait le rôle de protectrice de l'indépendance fédérale et de contre-poids aux *idées rétrogrades* de l'Autriche. Le Cabinet français aurait beau déclarer le contraire, personne n'y croirait, et la seule apparence du fait tournerait en un secours prêté au parti radicale. Nous ne donnerons pas dans un panneau que, selon son intention, je me plais à l'admettre, le Gouvernement français n'entendrait point diriger *contre* nous, mais dont l'effet serait mortel pour le parti véritablement conservateur en Suisse et qui tournerait en définitive contre ceux mêmes qui nous l'auraient tendu.“¹

Dem österreichischen Gesandten in Zürich erteilte Metternich am 1. Juli die Weisung, allfällige derartige Vorschläge des französischen Gesandten unter folgenden drei Gründen abzulehnen:

1. Österreichs Principien erlauben es nicht, dass nach vollzogener Intervention eine dritte Macht sich zwischen Österreich und die Schweiz stellt.

¹ M. n. P. VII, 451.

2. Eine Contre-Intervention würde von den Radikalen zu ihren Gunsten ausgebeutet.
3. Die Interessen des allgemeinen politischen Friedens würden durch die heikle Berührung zweier rivalisierender Mächte gestört.¹

Mit dieser Ablehnung des französischen Vorschlages war aber auch das Schicksal des Metternichschen besiegelt. Nach „langer und reiflicher Beratung“ fand der französische Ministerrat, dass die Erklärung, die Metternich vorgeschlagen, den Bürgerkrieg nicht verhüten, wohl aber eine sofortige materielle Intervention der Mächte hervorrufen würde, die unterstützen zu können, man gegenwärtig nicht in der Lage sei.²

Guizot fügte der Mitteilung dieses Beschlusses die weitere bei, dass er seinem Gesandten eine Anweisung über die anlässlich der Tagsatzung in Bern zu führende Sprache geben werde.²

Metternich hielt aber jetzt, nachdem sein letzter Versuch, den Krieg zu verhüten, gescheitert war, mit Recht Schweigen für das Beste und in diesem Sinne erteilte er Kaisersfeld seine Instruktionen.

Eine Tagebuchnotiz der Fürstin Metternich berichtet uns aus dieser Zeit: . . . „Clemens war sorgenvoll, ja entmutigt. Die politischen Angelegenheiten nehmen ihn schrecklich in Anspruch und die Bürde ist um so schwerer, als er sie ganz allein tragen muss. Das Bestehende scheint auf allen Seiten einzustürzen und dort, wo die Gefahr am dringendsten, wirft man sich hilfesuchend in seine Arme. Während er aber durch

¹ M. n. P. VII, 458.

² Depesche Apponyis an Metternich vom 22. Juni 1847. Meyer II, 155 f.

seine Ratschläge dem Übel zu steuern sucht, werden anderswo Thorheiten, Missgriffe oder Verrätereien begangen, welche neue Gefahren in anderer Richtung heraufbeschwören. . . .“¹

Unter solchen Umständen und in solcher Stimmung sah Metternich der nächsten Tagsatzung entgegen.

¹ M. n. P. VII, 304.



VII.

Die Tagsatzung des Jahres 1847 illustrierte schon durch ihre äussere Erscheinung die Ohnmacht der europäischen Diplomatie. Auf dem Präsidentenstuhl sass Ochsenbein, „der Chef der Freischarenbande“, und seine Eröffnungsrede war eine Kriegserklärung gegen das Metternichsche System. Von den Gesandten aber, die nach Metternichs Wunsch durch ihre drohenden Noten und das Gewicht ihrer Stellung das Unheil in seinem Lauf plötzlich hätten anhalten sollen, waren nur zwei anwesend: der englische Gesandte Peel, der mit dem radikalen Bärenklub fraternisierte, und Bois-le-Comte, der ebenso verhasste wie verspottete¹ Botschafter Frankreichs.

Der Fortgang der Tagsatzung entsprach ihrer Eröffnung. Am 20. Juli erklärte eine Mehrheit von 12²/₂ Stimmen den Sonderbund für aufgelöst; die VII Stände wurden für die Beachtung dieses Beschlusses verantwortlich gemacht. Auf ihre Weigerung, sich der Mehrheit zu unterwerfen, verfügte die Tagsatzung die Streichung derjenigen Offiziere, die sich auf erhaltene Anfrage für den Dienst im Sonderbund entschieden.

¹ Der „Holzgraf“ wurde namentlich durch den unflätigen Berner „Guckkasten“, das enfant terrible der radikalen Partei, nicht aufs feinste hergenommen.

Auf die Forderung der VII Kantone, die aargauischen Klöster seien wieder einzusetzen, gab man den Bescheid: die Sache sei erledigt. Dagegen erging an Luzern, Schwyz, Freiburg und Wallis der ernstliche Rat, die Jesuiten zu entfernen; jede künftige Aufnahme des Ordens wurde untersagt.

Am 9. September schloss die Tagsatzung ihre Verhandlungen; den renitenten Kantonen wurde bis zum 18. Oktober Bedenkzeit gegeben.

Angesichts dieser drohenden Beschlüsse raffte sich die Diplomatie noch einmal zu einem entschiedenen Vorgehen auf. Nachdem Metternichs letzte Vorschläge zurückgewiesen worden, war es nun an Guizot, gemeinsame Schritte der Mächte vorzubereiten.

Es kamen jetzt zwei bis dahin weniger berücksichtigte Faktoren in Betracht: die süddeutschen Staaten und England. Der ersteren Beistand wünschte man für eine allgemeine militärische Manifestation zur Einschüchterung der Umsturzpartei. England aber sollte zur Wahrung des europäischen Friedens nun endlich auch in die Allianz gegen den schweizerischen Radikalismus eintreten. Beide Pläne scheiterten; der erste am Widerstand Bayerns, der zweite an der Haltung Palmerstons, der sich die Gelegenheit nicht entgehen liess, Frankreich für seine Treulosigkeit in der Frage der spanischen Heiraten zu bestrafen.

Als das französische Kabinett in Gefahr stand, durch Metternichs Vorschlag einer identischen Drohnote an die Tagsatzung zu einer materiellen Intervention mitgerissen zu werden, hatte es sich im Juli 1847 hilfesuchend an Palmerston gewandt. Über diese Schritte berichtet der französische Botschafter in London, Broglie, u. a. folgendes: . . . „J'ai fait observer à Palmerston

que la proposition de M. de Metternich paraissait avoir une toute autre portée, qu'elle menaçait la Suisse d'une intervention armée que nous voulions prévenir avant tout. . . . Mais si, la Diète ne tenant aucun compte des menaces de l'Autriche, le cabinet de Vienne met ses menaces à l'exécution, et entraîne par son exemple la Sardaigne, Bade et le Wurtemberg, nous ne pouvons rester seuls inactifs. *C'est pour prévenir une pareille éventualité que le gouvernement du roi désire et demande le concours du gouvernement de sa majesté britannique.*" ¹

Palmerston hatte sich seit seiner Absage an Metternich der Schweiz gegenüber passiv verhalten. Jetzt ergriff er die dargereichte Hand mit Vergnügen, denn nun war ihm Gelegenheit gegeben, Frankreich von Österreich abzuziehen und so eine Einwirkung der beiden Mächte auf die Schweiz unmöglich zu machen.

Eine spätere Depesche schliesst Broglie voll Genugthuung: . . . „Il y a tout lieu de croire, en conséquence, monsieur le ministre, que l'action du gouvernement du roi sera désormais secondée par l'attitude de la légation britannique.“ ¹

Gleichzeitig aber ermutigte Palmerston den Tagatzungspräsidenten Ochsenbein in seiner Haltung durch eine schmeichelhafte Depesche, die dem von den übrigen Mächten verfehmten Freischarenführer die persönliche Sympathie des englischen Ministers ausdrückte. Dieser Schritt verfehlte in der Schweiz seine Wirkung nicht; um aber den übrigen Mächten gegenüber den Schein der Unparteilichkeit einigermaßen aufrecht zu erhalten, musste Lord Minto als ausserordentlicher Bevollmächtigter die vorörtliche Behörde zur Mässigung ermahnen.

¹ d'Haussonville, a. a. O. V, 477 f.

Österreich gegenüber gab jetzt Palmerston durch seinen Gesandten in Wien sein lebhaftes Interesse an der Schweizer Angelegenheit zu erkennen. Er ersuchte den Fürsten, seinen Einfluss bei den VII Kantonen zur freiwilligen Auflösung des Sonderbundes geltend zu machen; denn auch ohne diese Vereinigung ständen diesen ja die gleichen Verteidigungsmittel zu Gebote.

Metternich antwortete auf diese sonderbare Zumutung nicht direkt; er teilte Siegwart den Wunsch des englischen Kabinetts mit und dieser arbeitete nun zu handen Palmerstons eine eingehende Verteidigungsschrift aus.¹ Palmerston soll sie nicht gelesen haben; es genügte ihm übrigens, dass man von jetzt an auch seine Stimme berücksichtigen musste.

Inzwischen rückte die Kriegsgefahr näher und näher. Es fragte sich nun, welche Massregeln die Mächte dem zu erwartenden Ereignis gegenüber ergreifen wollten.

Anfangs Oktober machte der französische Botschafter in der Schweiz seinen österreichischen Kollegen die vertrauliche Mitteilung, Frankreich plane eine militärische Demonstration an den Grenzen der Schweiz. Dieselbe sollte „die katholische Partei ermutigen, die Gegenpartei hemmen und sie zwingen, ihre Kräfte zu teilen“ und endlich „der friedlichen Stimmung der grossen Mehrheit des Schweizervolkes einen Rückhalt verleihen.“ Frankreich — so bemerkte Bois-le-Comte — halte seine Truppen zu diesem Zweck bereit; Luzern würde das Signal zum Marschieren geben. Es sei wünschenswert, dass Österreich das Gleiche thue.

Metternich, der das französische Kabinett nun genügend kannte, begegnete dieser Mitteilung mit

¹ Siegwart-Müller, a. a. O. III, 940—950.

einigem Misstrauen. „J'ignore — schreibt er am 17. Oktober an Apponyi — jusqu'à quel point la nouvelle que M. de Kaisersfeld vient de nous mander est fondée au non.“ Mit der angeregten Massregel ist er zwar einverstanden, fährt aber fort: „J'ai toutefois à ajouter qu'une démonstration militaire vis-à-vis de la Suisse, qui serait faite *d'un côté seulement*, loin de produire du bien à la Confédération risquerait d'augmenter le mal, en faisant croire à un manque d'unité dans les vues et dans les plans des Puissances.“¹

Metternich verlangte daher genaue Auskunft, zögerte jedoch nicht, die angeregten militärischen Massregeln anzuordnen. Sollte aber eine Demonstration wirklich die gewünschte Wirkung erzielen, so musste man sich der Mitwirkung der süddeutschen Staaten versichern. Die Höfe von Wien, Berlin und Petersburg thaten zu diesem Zweck gemeinsame Schritte. Württemberg zeigte sich bereit, Baden schwankte, aber an dem festen Widerstand des Königs Ludwig von Bayern scheiterte die ganze Sache.² Es fehle — so lautete die Begründung — der bayrischen Regierung an jedem formellen Rechtsgrunde, an den innern Angelegenheiten der Schweiz einen thätigen Anteil zu nehmen, da sie hierzu weder durch eine Gewährleistung dortiger verfassungsmässiger Zustände, noch durch einen sonstigen verfassungsmässigen Titel sich berufen erachten könne.³

¹ M. n. P. VII, 481.

² Über die Haltung der süddeutschen Staaten vgl. „Die äussere Politik Bayerns in den letzten Momenten der Regierung des Königs Ludwig (zur Zeit der Portefeuilleführung des Fürsten Wallerstein, 1. Dezember 1847 bis Mitte März 1848).“ Blätter für politische Kritik [Bluntschli] München 1848. S. 185—198.

³ Es berührt wohlthuend, nach den französischer- und österreichischerseits hundertmal wiederholten Phrasen vom „Umsturz

Wie aufrichtig Frankreichs Absicht einer militärischen Demonstration gemeint war, lehrt die Antwort Guizots auf den Bericht des französischen Gesandten in München. Guizot gratuliert darin dem bayrischen Minister des Auswärtigen zu seiner Haltung und bemerkt: *D'accord avec le cabinet de Munich, nous pensons qu'un déploiement extraordinaire de forces sur la frontière de Suisse n'aurait en ce moment aucune opportunité.*¹

In der That unterliess Frankreich den beständig angedrohten grossen Truppenzusammenzug an der Schweizergrenze. Metternich hatte indessen im Vorarlberg ansehnliche Truppenmassen angesammelt — viel zu geringe immerhin, um, beim Fehlen jeder anderweitigen Unterstützung, in der Schweiz irgendwelchen Eindruck zu machen.

Inzwischen trat in Bern die Tagsatzung — zum letzten Mal vor dem Kriege — zusammen. Unverrichteter Dinge waren die eidgenössischen Repräsentanten aus

der bestehenden Gesellschaftsordnung“ die nüchternen und wahrhaft staatsmännischen Worte zu lesen, mit denen Fürst Wallerstein in seiner Antwortnote — gerade im Interesse der Nachbarstaaten — die schweizerische Bundesrevision im Sinne einer Stärkung der Centralgewalt verteidigt. „Das Hervorbrechen von Schweizerkämpfern aus den Schweizergrenzen“ — heisst es dort u. a. — „ist stets die Folge kantonaler Isolierung und unkräftigen Centralverbandes gewesen. Und auch heute noch kann der König für den Fall einer europäischen Krisis die Bürgschaft eidgenössischer Neutralität nicht in einem Zustand solcher Zerrissenheit, dessen Ohnmacht lockenden Einflüssen Thür und Thor öffnet, sondern lediglich in einer politischen Organisation finden, welche die einzelnen Glieder zum wirklichen disciplinierten Ganzen verbindet, isolierten Übergriffen also ein centrales Korrektiv entgegenstellt.“

¹ Baumgartner a. a. O. III, 542.

den VII Kantonen zurückgekehrt. Namentlich Luzern drängte zum Handeln, in allzugrossem Vertrauen auf die Hingebung des Volkes, die Vorteile der örtlichen Lage und die endliche Hilfe der Grossmächte. Unter diesen Umständen waren auch die wohlgemeinten Vermittlungsvorschläge von Basel und Zug vergeblich. Am 29. Oktober verliessen die Gesandten der VII Stände die Tagsatzung. Der Krieg begann.

Die Diplomatie in der Schweiz zog sich jetzt auf neutralen Boden zurück: Kaisersfeld begab sich nach Bregenz, Bois-le-Comte nach Basel, der preussische Gesandte von Sydow nach Neuenburg. Auch der russische Botschafter Krüdener verliess die Schweiz, um sich später in Frankfurt a. M. niederzulassen.

Getreu seinem bisherigen Verhalten machte Kaisersfeld nicht dem Vorort, sondern dem Amtsbürgermeister von Zürich Anzeige von seiner Übersiedelung; ein Gleiches that der russische Gesandte.

Die Mächte hatten die VII Stände bis jetzt durch ihre moralische Unterstützung zum Widerstand ermuntert. Es musste sich nun zeigen, ob sie auch gewillt waren, thatkräftig für den Sonderbund einzustehen. An ihre Hilfe appellierten denn auch die VII Kantone, erst schüchtern, dann deutlicher. — Die bisherige materielle Unterstützung versprach freilich wenig. Schon im November 1846 hatte Luzern den Staatsschreiber Meyer um Waffen nach Turin geschickt; Waffen und Geld sollte der Gleiche im Frühjahr 1847 in Wien verlangen. Er erhielt von Sardinien 2000 Gewehre, von Österreich 3000 und ausserdem ein unverzinsliches Anleihen von 100,000 Gulden — für einen Staat wie Österreich eine lächerlich kleine Summe. Nicht ermutigender als dieses Almosen wirkte die feierliche Ansprache, welche der

Fürst bei dieser Gelegenheit an die zur Postkonferenz anwesenden Delegierten des Sonderbundes richtete. Sie bestand in der Ermahnung zum Ausharren in der „legitimen Verteidigung“ und in der vagen Versicherung der Sympathie aller Gutgesinnten.¹ „Ich war — sagt Bernhard Meyer — in ganz anderer Absicht nach Wien gekommen, als uns dort durch den guten Geist unserer Bevölkerung, die Gerechtigkeit unserer Sache und die Sympathie aller rechtlichen Leute vertrösten zu lassen.“² Paris sandte nur Gewehre, während Russland auch diese Hilfe verweigerte. Das Schicksal der Waffensendungen ist bekannt: nur die sardinische gelangte ans Ziel; die übrigen wurden in Tessin und Neuenburg aufgegriffen, und ein Beschluss der Tagsatzung gebot die Konfiskation aller weiteren Sendungen dieser Art.

War so die thatsächliche Hilfe der Mächte bis dahin eine sehr geringe gewesen, so erhoffte man doch jetzt, im Augenblick der Entscheidung, zum wenigsten ein gebietendes Machtwort zu gunsten des Sonderbundes.

Man wusste — u. a. durch ein Schreiben Kaisersfelds an Siegwart — dass die Mächte nicht von sich aus zur materiellen Intervention schreiten würden. Das Odium eines Interventionsbegehrens scheute man aber,

¹ Meyer I, 146 f.

² Meyer I, 147. Ehrlicher als Siegwart, macht Meyer aus seinen damaligen Interventionswünschen kein Hehl; ein Mann nach seinem Herzen war daher Radetzky: „Der alte Herr wäre schon zu etwas ernsterm bereit gewesen; als der frühere k. k. Geschäftsträger in der Schweiz, Herr von Philippsberg, im November 1846 ihn in Mailand besuchte und auch die Schweizer Angelegenheit zur Sprache kam, sagte derselbe: „Ich bin augenblicklich zu allem bereit, ich brauche nichts als einen Befehl und verlange nicht einen Mann mehr dazu.“ Meyer I, 151.

obwohl Siegwart durch den eifrigen Bois-le-Comte öfters dazu aufgefordert wurde.¹ Immerhin wäre die Drohung einer Intervention erwünscht gewesen und man hoffte anfänglich, die Mächte würden eine solche Drohung ohne vorherige Aufmunterung erlassen. In seiner ersten Kundgebung an die Mächte seit der Kriegserklärung beschränkte sich daher der VII-örtige Kriegsrat auf die Übersendung seines Kriegsmanifestes mit der Bitte, die VII Stände als den Bund von 1815 anzuerkennen und ihnen die Neutralität zu gewähren.¹

Die Antwort Kaisersfelds vom 11. November lautete aber nicht so, wie man gehofft hatte. Sie enthielt nichts als die einfache Anerkennung der rechtlichen Stellung des Sonderbundes, kein Wort, dass Österreich gewillt sei, dafür in irgend welcher Weise einzustehen.²

Jetzt wurde die Mahnung des Kriegsrates deutlicher. In seiner Antwort vom 15. November heisst es: „Indem wir namens der sieben Stände unsern wärmsten Dank für diese wohlwollende Anerkennung aussprechen, können wir nicht umhin, nochmals diejenige Bemerkung fallen zu lassen, welche wir in unserm Schreiben vom 13. an Ihre Excellenz uns erlaubten — die Bemerkung nämlich, dass der mächtige Kaiserstaat Österreich in folge Anerkennung unserer rechtlichen Stellung nicht

¹ Siegwart a. a. O. III, 950. Dass Siegwart-Müller sich der Interventionsidee gegenüber nicht so durchaus ablehnend verhalten hat, wie man nach seinem Buche glauben könnte, beweist folgende Stelle aus dem Verhör vom 10. Dezember 1847 mit Franz Niklaus Zelger von Stans, „Landeshauptmann, Statthalter und gew. eidg. Oberst“: . . . Siegwart regte (im Kriegsrat) diese Interventionsfragen wiederholt an; wenn er dann aber die Meinungen der andern Mitglieder hörte, so lenkte er ein und sagte: Ich bin auch der Ansicht“. (Bundesarchiv 763).

² M. n. P. VII, 485.

ermangeln wird, diejenigen Massregeln beförderlich zu ergreifen, welche geeignet sind, uns vor der drohenden Unterdrückung zu sichern und uns in unserer rechtlichen Stellung zu erhalten.“¹

Die Antwort Österreichs war Schweigen. Ebenso verhielt sich Frankreich.² Der Sonderbund wusste nun endlich, woran er mit den auswärtigen Mächten war: Man hatte ihn zum Kampf gegen einen überlegenen Gegner aufgemuntert und überliess ihn jetzt mit Bedauern seinem Schicksal.

Um so eifriger pflegten die Mächte indessen die diplomatischen Verhandlungen, in welchen Palmerston jetzt die Hauptrolle spielte.

Ermutigt durch Englands entgegenkommende Haltung arbeitete Guizot den Entwurf einer Note aus, die der Schweiz von sämtlichen fünf Grossmächten überreicht werden sollte. Wenn England sich den Mahnungen der kontinentalen Mächte anschloss, so konnte man hoffen, endlich gehört zu werden. Guizot sandte die Note am 7. und 8. November an die Höfe von Wien, London, Berlin und Petersburg. Ihr Inhalt ist im wesentlichen folgender: So lange noch Hoffnung war, dass die Schweiz von selbst zur Ruhe komme, enthielt sich die französische Regierung jeder Einmischung in die Angelegenheiten der Eidgenossenschaft. Sie beschränkte sich auf Warnungen, Ratschläge. Diese sind nun gescheitert. Die Mächte können nicht gleichgültig zusehen. Die Eidgenossenschaft verdankt ihnen zu einem wesentlichen Teil das Zustandekommen des Bundesvertrages, sie verdankt ihnen die Arrondierung ihres Gebiets, die Gewährleistung ihrer Neutralität, ihrer

¹ Siegwart a. a. O. III, 954.

² Siegwart a. a. O. III, 953.

Unabhängigkeit und territorialen Unverletzlichkeit. Die Mächte besitzen daher das Recht, zu untersuchen, ob die Eidgenossenschaft von damals noch existiert, ob die Bedingungen, an welche sie ihre Konzessionen knüpften, noch immer erfüllt sind. Würden sie vom Standpunkt des strengen Rechtes ausgehen, so könnten sie, da diese Bedingungen schon durch den Ausbruch des Krieges verletzt sind, sich ihrer Verpflichtungen gegenüber der Eidgenossenschaft als entbunden erklären. Immerhin, da die Interessen von 1815 noch bestehen, entschliesst sich die französische Regierung, im Einverständnis mit den Kabinetten von Österreich, Grossbritannien, Preussen und Russland folgende Vermittlungsvorschläge zu machen:

1. die Waffen niederzulegen,
2. die religiösen Punkte ihrer Streitigkeiten dem Papste als Schiedsrichter zu unterwerfen,
3. die Streitfragen politischer Art der Mediation der Mächte zu überlassen,
4. zu diesem Behuf eine Konferenz zu beschicken, welche
 - a) über die Beendigung der gegenwärtigen Krise,
 - b) über zweckmässige Veränderung der Verfassung der Schweiz zu beraten hätte.

Sollte auf diese Vorstellungen nicht gehört werden, so würde die Regierung des Königs weiter erwägen, was zu thun sei. (Il s'aviserait.)

Die Kabinette von Berlin und Petersburg nahmen diesen Entwurf sehr günstig auf. Auch Metternich war mit Guizots Vorschlägen im ganzen einverstanden. „Le Cabinet Impérial — schrieb er am 15. November an Apponyi — adopte en principe avec plaisir le travail dont M. Guizot a bien voulu se charger, et qui, d'après

notre intime conviction répond dans son ensemble aux exigences du moment.“¹

Immerhin hatte er einige Ausstellungen zu machen, zum Teil historischer, zum Teil praktischer Art. So sprach er sich gegen eine Trennung der religiösen und politischen Streitfragen aus: die Jesuiten — und die Klosterfrage, ihrer Natur nach rein religiös, seien durch die radikale Partei absichtlich zu eminent politischen Fragen umgestaltet worden. Das Schiedsrichteramt des Papstes würde überdies von den Protestanten aus formellen, von den Katholiken aus praktischen Gründen zurückgewiesen werden. Die Revision der Bundesverfassung wollte er nicht ausdrücklich erwähnt wissen, als eine Frage, die erst in zweiter Linie in Betracht komme.

Die Übereinstimmung mit Frankreich lag ihm aber jetzt vor allem am Herzen. Daher fügte er bei: „Si ce Ministre (Guizot), après avoir mûrement pris en considération les réflexions que nous faisons placer sous ses yeux devait persister à maintenir son opinion primitive sur les points mis en délibération, *nous n'hésiterions pas à céder sur la nôtre*, tant est vive notre conviction que toutes les considérations secondaires doivent aujourd'hui se taire devant l'importance qu'il y a à ce que les Cours ne perdent pas un moment pour faire en commun *acte de présence* en face de la révolution suisse.“²

Palmerston sorgte dafür, dass der zuletzt genannte Wunsch Metternichs nicht in Erfüllung ging. Er war seiner Sache und der Verlegenheit des französischen

¹ Meyer II, 179 f.

² Dep. Metternich an Apponyi vom 15. November 1847. M. n. P. VII, 487.

Kabinetts so sicher, dass er sich zuerst das Vergnügen erlaubte, den Entwurf Guizots mit offenem Hohn zu kritisieren. In einem Billet an Broglie bemerkt er, dass er die Geschicklichkeit bewundert habe, mit der man in dem französischen Projekte die Anwendung des Manifestes von Krakau auf die Schweizerfrage mache. Das Billet schloss: „Sie fühlen es sehr gut, dass wir nicht wünschen können, die Schweiz polonisiert zu sehen.“¹

Am 16. November schickte er sodann einen eingehend begründeten Gegenentwurf nach Paris, der im Princip das gerade Gegenteil des französischen war.² Weder die Bildung des Sonderbundes — so erklärt Palmerston — noch eine Appellation der VII Kantone an die fünf Grossmächte, noch der Ausbruch des Bürgerkrieges berechtigen die Mächte, die schweizerische Eidgenossenschaft als aufgelöst und sich der Verpflichtungen gegen dieselbe als entbunden anzusehen. — Die Entfernung der Jesuiten als der Hauptursache der schweizerischen Wirren sei das Erste, das die Mächte zu verlangen haben; die Pacifikation würde sich dann von selbst einstellen.

Die Schlussfolgerungen der Note sind:

1. Verlangen, dass die kriegführenden Parteien die Feindseligkeiten einstellen.
2. Zusammenkunft einer Konferenz.
3. Die Grundlagen der Arbeit dieser Konferenz wären:
 - a) Entfernung der Jesuiten vom eidg. Gebiete;
 - b) Versprechung der Tagsatzung: „dass sie auf alle feindlichen Absichten gegen die VII Kan-

¹ Meyer II, 184.

² Meyer II, 199 f.

tone verzichte, gegen einen Freischarenangriff garantiere und das Princip der Kantonal-Souveränität respektiere;

c) Auflösung des Sonderbundes;

d) Gegenseitige Entwaffnung.

Metternich unterwarf natürlich diese Vorschläge Palmerstons einer scharfen Kritik. In seiner Note an Apponyi vom 26. November sagt er: . . . Les points 1 et 2 . . . (laissant à part pour le moment la question du lieu de cette réunion) sont conformes au projet français et n'offrent pas matière à réflexion.

„Il n'en est point ainsi du n° 3, c'est-à-dire des bases du travail de la Conférence, *telles quelles doivent, dès à présent, être présentées aux deux parties belligérantes*. Elles sont équivalentes à une sentence de condamnation complète portée contre les sept cantons, et il est évident que si ces derniers acceptent cette sentence, ainsi qu'on veut leur en faire la proposition, le procès est fini *et la réunion d'une Conférence n'aurait plus aucun objet*.“ . . .

Die Note schliesst: . . . „Nous rejetons donc, pour nous résumer, le projet anglais, parce que, sans compter la valeur générale de sa rédaction, il pose la question des Jésuites d'une manière tellement péremptoire, que ni les Puissances, ni les sept cantons ne pourraient l'adopter avec honneur; parce qu'il exclut, de la manière dont la question est posée, toute possibilité de compensation pour les intérêts religieux des catholiques, et parce qu'il n'accorde aux cantons, ni pour le présent, ni pour l'avenir aucune garantie sérieuse contre les empiétements sur leur souveraineté cantonale, de la part du parti qui à la Diète s'est emparé de la majorité.“ ¹

¹ M. n. P. VII, 490.

Durch dieses Schreiben war die Instruktion Apponyi's gegeben: Unbedingte Ablehnung des Palmerstonschen Entwurfes. Apponyi befolgte sie nicht und half damit den Triumph Palmerstons vollenden. Aber Metternichs Sache war auch ohnedies eine verlorene: An dem Tage, wo er diese seine Note erliess, kapitulierte Schwyz, am folgenden Uri als letzter Kanton der Urschweiz. Einzig Wallis stand noch aufrecht; seine Unterwerfung war aber nur noch eine Frage der Zeit.

Palmerston hatte unterdessen sein Möglichstes gethan, um eine Entscheidung in der Notenfrage zu verzögern. Während sein Entwurf in Paris durch die Minister und die Gesandten der drei Grossmächte eingehend geprüft und besprochen wurde, ersuchte er den französischen Gesandten in London, ein vorläufiges Mediationsanerbieten zu entwerfen. Ohne Zweifel wollte er damit einem ähnlichen Schritt von anderer Seite zuvor kommen und so das Heft in der Hand behalten. Das betreffende Aktenstück sollte, von den Gesandten der fünf Grossmächte unterzeichnet, sofort nach der Schweiz befördert werden. Es geschah was zu erwarten war: die übrigen Gesandten — namentlich der österreichische, Dietrichsheim — erklärten, zur Ratifikation keinerlei Vollmachten zu besitzen.

Unterdessen war Freiburg gefallen und Palmerston fand nun, das Projekt passe nicht mehr zur veränderten Sachlage; man möge den Entscheid über das englische Projekt aus Wien und Berlin abwarten.

Am 24. November wurde endlich in Paris der englische Entwurf mit französischen Änderungen von Guizot und den Gesandten Österreichs und Preussens angenommen. Er lautete nunmehr folgendermassen:

Erstens würden die VII Kantone sich an den hei-

ligen Vater wenden, um ihn zu bitten, ob es nicht angemessen sei, im Interesse des Friedens und der Religion dem Jesuitenorden jede Niederlassung auf dem Gebiete der schweizerischen Eidgenossenschaft zu untersagen, unter dem Vorbehalte einer gerechten und ausreichenden Schadloshaltung für alles Eigentum an Grundstücken und Häusern, welche sie zu verlassen hätten.

Zweitens würde die Tagsatzung in Bestätigung ihrer früheren Erklärungen die Verpflichtung übernehmen, keinen Eingriff in die Unabhängigkeit und Souveränität der Kantone, wie sie durch den Bundesvertrag garantiert ist, sich zu erlauben, in Zukunft den Kantonen, welche durch Einfälle von Freischaren bedroht wären, einen wirksamen Schutz zu verleihen und im gegebenen Falle keinen neuen Artikel in die Bundesakte aufzunehmen ohne Zustimmung aller Bundesglieder.

Drittens würden die VII Kantone alsdann ihr Separatbündnis förmlich und wirklich auflösen.

Viertens würden die beiden Parteien ihre gegenseitigen Streitkräfte entlassen und ihre gewöhnliche und friedliche Haltung wieder einnehmen.¹

Die Botschafter von Österreich und Preussen versprachen Guizot, die betreffenden Gesandten in der Schweiz zur Abgabe dieser Note zu ermächtigen. Der russische Botschafter erwartete noch seine Instruktion. Es fehlte nur noch die Zustimmung Palmerstons.

Als Broglie am folgenden Tag bei Palmerston erschien, um dieselbe einzuholen, fand er, obwohl die Note vorher bis aufs Einzelne durchgesprochen worden war, hartnäckigen Widerstand. Endlich — nach dreistündiger Besprechung verschiedener Punkte — gab Palmerston

¹ Meyer II, 199 f.

seine Einwilligung unter der Bedingung, dass dem Paragraphen 4 beigelegt werde „... wenn die Jesuitenfrage, so wie es im 1. Paragraphen angegeben ist, ihre Lösung erhalten hätte.“

Die Sache schien gewonnen.

Am 28. November fand in Paris nochmals ein Zusammentritt der Gesandten der Grossmächte statt, denen nun Guizot Englands endliche Zustimmung ankündigte.

Apponyi — obwohl nunmehr in Besitz seiner klaren Instruktion — übernahm es, Kaisersfeld zur Abgabe der Note zu ermächtigen; ebenso der preussische Gesandte.

Die Diplomatie kam jedoch, wie immer, zu spät.

Am 29. November wurde durch die Kapitulation von Wallis der Sonderbundskrieg beendet — ohne dass es der, bekanntlich vergeblichen, Mission Templeys bedurft hätte, die Palmerston zur Sicherheit noch angeordnet hatte.

Am 30. November übergab Bois-le-Comte die englisch-französische Note; Österreich, Preussen und Russland folgten nach. Der englische ausserordentliche Gesandte, Stratford Canning blieb aus. Er hatte von Palmerston die Instruktion erhalten: „... Wenn Sie den Sonderbund bezwungen und völlig aufgelöst finden werden, so ist natürlicherweise keine Gelegenheit mehr für irgend ein Vermittlungsanerbieten vorhanden, und Sie haben die Note nicht zu übergeben.“

Die Antwort der Tagsatzung — vom 7. Dezember — wies vor Allem darauf hin, dass die Thatsache, welche die betreffenden Noten voraussetzen, nämlich ein Bürgerkrieg zwischen der Eidgenossenschaft und einzelnen Kantonen, dermalen gar nicht mehr bestehe, übrigens nie bestanden hätte, da es sich lediglich um

Vollziehung loyal gefasster Tagsatzungsbeschlüsse gehandelt habe; die in Aussicht gestellte Vermittlung der Mächte könne schon darum nicht angenommen werden, weil es sich in der obschwebenden Frage um rein innere Angelegenheiten handle, deren Ordnung und Festsetzung lediglich in die Kompetenz der Tagsatzung falle. Endlich falle auf, dass die Noten sowohl an den Präsidenten der Tagsatzung, als an den des sonderbündischen Kriegsrates gerichtet seien, wodurch der Sonderbund eine thatsächliche Anerkennung gewinne und wogegen sich die Tagsatzung mit Entschiedenheit verwahren müsse.

So endete das von Palmerston geleitete diplomatische Spiel. Es war mit echt englischer Rücksichtslosigkeit in Scene gesetzt worden und es ist unerfindlich, wie man dieses Vorgehen mit Ausdrücken wie „Winkelzüge“ und „Perfidie“ hat charakterisieren wollen. Palmerston hat aus seiner Sympathie für die XII Kantone nie ein Hehl gemacht; dafür zeugt das Benehmen seines Botschafters in Bern und die Sendung Lord Mintos. Deswegen brauchte er sich aber nicht aus dem diplomatischen Konzert ausschliessen zu lassen. Auch hier ist er seinen Grundsätzen in keiner Weise untreu geworden: sein Gegenentwurf war das direkte Gegenteil des Guizotschen; der Vorwurf der Gesinnungslosigkeit fällt also auf Frankreich, das auf einen solchen Entwurf sich einliess. Und wenn er schliesslich durch sein Zögern das rechtzeitige Eingreifen der übrigen Mächte vereitelte, so ist er nur seiner offen zur Schau getragenen Gesinnung treu geblieben. Die Mittel, deren sich Palmerston in dieser letzten Phase bediente, sind freilich eines grossen Staatsmannes nicht würdig; sie tragen zu sehr den Stempel persönlicher Rachsucht.

Aber auch hier passt die Bezeichnung „Betrug“ nicht. War es ein Betrug, so ist es einer mit offenen Karten gewesen und auf Louis Philippe, der sonst nicht leicht sich hintergehen liess, ruht der Verdacht, dass er mit vollem Bewusstsein in die ihm gestellte Falle ging, um der ihm verhassten materiellen Intervention zu entgehen.

Schwerer als Louis Philippe, dem der Schlag in erster Linie zugebracht war, empfand ihn Metternich.

„Ich begreife — schrieb er am 20. Dezember an Dietrichstein — dass Sie, mein lieber Graf, von den letzten Verhandlungen zwischen den zwei Mächten nichts verstanden haben; mir selbst, indem ich sie erfuhr, ist es nicht besser gegangen.“

„Das Projekt zu einer Erklärung, welches von Guizot verfasst war, wurde von mir verbessert; hätte ich meinen Eingebungen folgen können, so würde ich dasselbe gänzlich verworfen haben, um ihm eine bündigere Redaktion zu geben. Der französische Minister nahm meine Änderungen an, und Lord Palmerston schämte sich nicht, sich zum Urheber eines Stückes zu machen, das nach allen Richtungen, bis zum Punkte das Absurde zu erreichen, sich versündigt. Herr Guizot, in der Absicht, sich um jeden Preis der Mitwirkung des englischen Kabinettes zu versichern, ging darüber hinweg und vermochte die Organe der drei andern Höfe, sich ihm anzuschliessen. Graf Apponyi, voll Schrecken über die Verantwortlichkeit, die er auf sich zu laden meinte, wenn er sich weigere, den Verirrungen des französischen Ministers sich anzuschliessen, überschickte das unter den vier Höfen vereinbarte Aktenstück an Baron von Kaisersfeld. Die Bombe war geworfen, und ihr erster Splitter fiel auf mich in der Form eines Ge-

fühles, das ich nur als das der Scham darüber bezeichnen muss, dass ich zusehen musste, wie unter meiner Mitwirkung ein Stück erschien, das so sehr alles Sinnes entbehrt, wie dies bei der von Lord Palmerston verfassten Manifestation der Fall ist.“¹

„Was man übrigens in Paris ohne Zweifel nicht erwartet haben wird, das war das Zurücktreten des Urhebers des Stückes von der Gemeinschaftlichkeit der Handlung, d. h. ein Vorgehen, dessen Treulosigkeit gewiss nicht dazu angethan ist, zu seinen Gunsten das Gefühl des Vertrauens festzustellen.“

Metternich hätte sich mit dieser letzten Niederlage endlich begnügen können, umsomehr, da selbst der Petersburger Hof nun erklärte, durch verspätete Demonstrationen würden die Mächte nur ihrer Würde vergeben. Er that es nicht, sondern setzte den Kampf fort: es war der Kampf um die eigene Existenz.

¹ Meyer II, 203.



VIII.

Ein Vorteil wenigstens war Metternich aus Palmerstons Verhalten erwachsen: Die Situation war geklärt, und Guizot machte jetzt endlich gemeinsame Sache mit Österreich.

In einer Depesche an Apponyi vom 29. November verkündigt Metternich sein neues Programm: . . . „En nous plaçant en face de la vérité, il s'agit *pour les Puissances signataires de l'acte du Congrès*, de savoir quels sont les rapports, qu'elles auront à entretenir avec un corps helvétique autrement constitué qu'il ne l'a été en 1815 et devant jouir des privilèges concédés à la Confédération, telle qu'elle a été constituée dans cette même année.“

„Il s'agit, d'un autre côté, *pour les Puissances limitrophes* d'une Suisse livrée au pouvoir du radicalisme victorieux, de mettre à couvert la sûreté intérieure de leurs propres Etats, et de se rendre compte des conséquences qui ressortent de la nouvelle position des choses relativement à leur propre repos.“¹

„Die schlechteste der Tyranneien — so schrieb er am 12. Dezember an Apponyi — ist diejenige schlecht angewendeter Gesetze; unter der Herrschaft einer solchen Tyrannei steht nun das, was den Namen der helvetischen Konföderation trägt, und unter dem Deck-

¹ M. u. P. VII, 344.

mantel dieser heuchlerischen Legalität wird sich diese erdichtete Konföderation den Höfen von Europa präsentieren. Dieser Sachlage gegenüber müssen die Höfe Posto fassen auf dem Boden des positiven Rechtes..“¹

In ganz ähnlichem Sinne sprach sich Guizot in einem Briefe an den Grafen Flahault in Wien aus: „Man muss den Schweizern sagen, ihr seid nicht, was ihr sein solltet; wir sind euch das, was wir euch versprochen haben, nur schuldig, wenn ihr das seid, was ihr versprochen habt; wir werden zusehen, wir werden warten; wie ihr thut, werden wir thun.“²

Auch der eifrigen Mitwirkung Preussens war Metternich sicher. Friedrich Wilhelm IV machte in seinen Briefen an Bunsen in London seinem Hass gegen den Radikalismus, diese „gott- und rechtlose Sekte“ in leidenschaftlicher Weise Luft.

Ein gemeinsames Vorgehen Österreichs, Preussens und Frankreichs war daher der Weg, den Metternich jetzt zu verfolgen gedachte; schon vor der Beendigung des Krieges war derselbe angebahnt worden. Preussen und Österreich waren überein gekommen, je einen speciell Bevollmächtigten nach Paris zu senden, um mit Guizot die weitem Schritte zu verabreden. Preussen beauftragte Radowitz, Österreich Colloredo mit dieser Mission. Ihr Ziel war die Vorbereitung zu einer Konferenz der Mächte; als Konferenzort schlug Preussen Neuenburg vor, falls dasselbe nicht von eidgenössischen Truppen besetzt sei. — Die Teilnahme Englands bezeichnete man als „sehr erwünscht“, aber „nicht unbedingt notwendig“. Dagegen wurde der deutsche Bundestag nachträglich in einer ganz allgemein gehaltenen

¹ Meyer II, 213.

² Meyer II, 211.

Zuschrift vom 5. Dezember ³ zur Mitwirkung eingeladen.

Der erste Vorschlag, der von Preussen ausging: Aufforderung zur Einstellung der Feindseligkeiten musste nach Beendigung des Krieges fallen gelassen werden. An die Stelle der Verhandlungen mit der Schweiz sollten nun die Verhandlungen über die Schweiz treten.

Radowitz entwarf zu diesem Zweck ein ausführliches Pro memoria. Es lässt an Entschiedenheit nichts zu wünschen übrig. Österreich und Preussen — heisst es dort — hätten sich über folgende Fragen zu verständigen:

1. Welches müssen und können jetzt die Ziele der konservativen Mächte sein?
 - a) Die benachbarten Staaten vor der materiellen und moralischen Invasion des triumphierenden Radikalismus zu sichern;
 - b) den politischen Zustand der Schweiz möglichst wieder auf erträgliche Grundlagen zurückzuführen.
2. Welches ist die Form, um diese Ziele zu erreichen?

Zusammentritt einer Konferenz — auf Grundlage der Verträge von 1815 — der Kongressmächte Österreich, Preussen, Russland, Frankreich, England, dann der angrenzenden Staaten: deutscher Bund, Sardinien.

Wenn eine Regierung die Beschickung der Konferenz verweigert, soll dies deren Zusammentritt nicht hindern.

3. Welches sind die Forderungen, welche die Schweiz zu stellen haben wird?

³ M. n. P. VII, 500 f.

- a) Räumung der besetzten Kantone, ohne Rücksicht auf die auferlegte Kriegskontribution;
- b) Unverletzlichkeit der neutralen Kantone;
- c) Desarmierung und Rückkehr auf den Friedensfuss;
- d) freie Wahl der Regierungen in den genannten Kantonen nach den bestehenden Verfassungen;
- e) Bürgschaft, dass keine Änderung in der Verfassung der Eidgenossenschaft ohne volle Einstimmigkeit erfolge.

Andrerseits dürften sich die Mächte beim römischen Stuhle verwenden, dass der Jesuitenorden keine Niederlassung in der Schweiz besitze.

4. Wie betrachten die Höfe von Österreich und Preussens die sich hieran knüpfenden fernern Eventualitäten?

Mit aller Wahrscheinlichkeit werde die radikale Partei die Einwirkung der Mächte zurückweisen. Wenn das Werk nicht bloss völlig nutzlos bleiben, sondern selbst zu erhöhtem Selbstgeföhle des Radikalismus ausschlagen soll, müssen die beiden Höfe, ehe die Konferenz in Thätigkeit ist, über die möglichen Zwangsmassregeln im Reinen sein.

Radowitz gibt deren Reihenfolge so an:

- a) Formelle Abberufung der Gesandten und Ausspruch, dass die auf die Verträge von 1815 gegründete Eidgenossenschaft nicht mehr vorhanden sei;
- b) Grenzsperre;
- c) Mobilmachung stärkerer Truppencorps und Aufstellung an der Grenze;
- d) Anwendung materieller Gewalt, wenn diese Massregeln keinen Erfolg haben.

5. Welches würde die ratsamste Art des militärischen Einschreitens sein?

Österreich würde den Kanton Tessin besetzen, die Grenzstaaten des deutschen Bundes mit Zuziehung eines preussischen Hilfscorps würden den Kanton Baselland einnehmen, Frankreich den bernischen Jura, Sardinien Genf... Übrigens hätten die Mächte feierlich zu erklären, dass es sich nicht um Eroberung handle.

6. Welches wären die Aufgaben, die im Sinne dieser Vorschläge zunächst in Paris zu lösen wären?

In allen ferneren diplomatischen Verhandlungen hätten Österreich und Preussen die Initiative zu ergreifen, die von ihnen ausgehenden Vorschläge hätten nach Paris zu gelangen, ehe unter englischer Einwirkung wieder ein anderer unheilbringender Weg dort eingeschlagen werde.

Es wäre zu trachten, das französische Kabinett zur Annahme von 1 und 2, möglicherweise auch 3 zu bestimmen, überhaupt ohne Aufgeben der Hauptsache zur möglichsten Gemeinschaft des Handelns mit Frankreich zu gelangen.¹

In diesem Sinne lautete die Instruktion, die den beiden Bevollmächtigten nach Paris mitgegeben wurde. Sie schloss:

„Kurz gefasst reduziert sich die Aufgabe, welche Eure Excellenz in Paris, bevor Sie sich nach Neuenburg begeben, bezüglich der von den an die Schweiz angrenzenden Staaten im Falle eines fruchtlosen Ausganges der Konferenzen zu beobachtenden Haltung zu erfüllen haben werden, auf folgende Punkte:

1. Das französische Kabinett wissen zu lassen, dass, wenn das Werk der Konferenz des von uns ge-

¹ Meyer II, 228 f.

wünschten Erfolges ermangeln sollte, wir die Aufgabe der an die Schweiz angrenzenden Staaten nicht als beendet ansehen können;

2. dass wir von diesem Momente an eine Verständigung zwischen Frankreich, Österreich und Preussen — das letztere in seiner Eigenschaft als Glied des deutschen Bundes und als Souverän von Neuenburg — über die allgemeinen Principien, nach denen die angrenzenden Staaten nach Abbruch der Konferenzen vorzugehen gedenken, als unerlässlich ansehen;
3. mit Herrn Guizot die verschiedenen, oben benannten Zwangsmassregeln zu beraten und sich zu vergewissern, bis zu welchem Punkte und in welcher Ausdehnung man bei deren Anwendung auf die Mitwirkung der französischen Regierung rechnen könne.

Colloredo erhielt von Metternich zu dieser Instruktion noch zwei geheime Weisungen. Er sollte stets im Einverständnis mit dem preussischen Bevollmächtigten handeln, dem russischen Gesandten von jedem seiner Schritte Mitteilung machen, gegen den englischen aber sich zurückhaltend benehmen. Österreich wenigstens werde nicht dulden, dass zum zweiten Male sein Name aus Gefälligkeit für die Ansichten und Capricen von solchen, die in einer andern Lage sich befinden, an ein Werk associiert werde.

Die zweite geheime Instruktion betrifft die Jesuitenfrage. Sie lautet:

1. Der kaiserliche Hof anerkennt für jeden schweizerischen Kanton das Recht, auf seinem Gebiete jede geistliche oder weltliche Korporation aufzunehmen oder nicht aufzunehmen. Wenn die Tag-

satzung der Ausübung dieses Rechtes von Seite eines Kantons ein Hindernis in den Weg legen will, so begeht sie damit Missbrauch, einen Akt der Bundesverletzung.

2. Die Jesuiten und mit ihnen mehrere Kongregationen, welche man als deren Affilierte erklärt hat, sind aus vier Kantonen fortgejagt worden. Wir betrachten diesen von einer ganz inkompetenten Behörde ausgehenden Akt für nichts Anderes als einen Akt der brutalen Gewalt.
3. Wenn auf der Konferenz die Frage der Jesuiten und der Kongregationen, die ihr Los teilten, berührt werden sollte, so könnten wir uns vor der Hand mit denselben nur unter der Bedingung beschäftigen, dass die den soeben aufgestellten Rechtsprincipien schuldige Achtung in keiner Art verletzt werde.

Sollte man aus Gründen der Klugheit es für nützlich erachten, dass die Höfe zu Rom ihre Ansicht über die politische Unzeitmässigkeit einer neuen Niederlassung der Jesuiten aussprechen, so ist der Hof von Österreich bereit, sich den Schritten seiner Alliierten anzuschliessen.“¹

Am 23. Dezember, abends, langten Colloredo und Radowitz in Paris an.

Guizot hatte sich inzwischen wegen seiner Haltung in der Schweizer Frage mit seiner eigenen Partei überworfen. „Man ist erschreckt — berichtet hierüber Apponyi am 14. Dezember — über diese Schweizer Frage, welche einen Kongress, der aus den Repräsentanten der drei absolutistischen Mächte zusammengesetzt sein, und an dem zum voraus sicherlich das Ka-

¹ Meyer II, 237 ff.

binett von St. James keinen Anteil nehmen werde, zur Folge habe; wie könne Frankreich, ohne vollständig mit England zu brechen, ohne sich der heiligen Allianz preiszugeben, ohne offen die Sache der Julirevolution zu verleugnen, sich an einer solchen beteiligen?“

Noch viel nachdrücklicher und rücksichtsloser äusserte sich natürlich die Opposition.¹ Dennoch war Guizot fest entschlossen, diesmal mit Österreich zu gehen, das ihm jetzt als letzter Rettungsanker erschien. Schon bevor die beiden Bevollmächtigten ankamen, arbeitete er seinerseits eine Antwort auf die Note der Tagsatzung aus, welche den Bundesvertrag als zerrissen und damit die Verpflichtungen der Mächte der Schweiz gegenüber als aufgehoben bezeichnete. Von Koercitivmassregeln sah er vorläufig ab.

Er hatte die Gutmütigkeit, diesen Entwurf auch dem englischen Kabinett mitzuteilen, und erhielt die korrekte Antwort, dass, da England die identische Note vom 30. November nicht abgegeben habe, ihm von der Tagsatzung auch deren Antwort nicht zukam, folglich

¹ Unter die Akten des eidg. Kommissariats in Schwyz (1847 bis 1848; Bundesarchiv 785) hat sich folgendes Schreiben vom 6. Januar 1848 verirrt, das ein interessantes Streiflicht wirft auf die Beziehungen zwischen den schweizerischen Radikalen und der französischen Opposition: „Hochgeschätzter Herr, es wäre mir ungemein gedient, wenn Sie mir authentisch bescheinigte Aktenstücke so geschwind als möglich übermachen könnten, durch welche die französische Regierung, Guizot, Bois-le-Comte u. Comp. kompromittiert erscheinen. — Darf ich Sie darum bitten, die Sache hat Eile, sie sollen zur Adresse-Behandlung benutzt werden. Mit besonderer Hochschätzung Ihr zu Gegendiensten Bereitwilligster J. Rud. Schneider, Reg.-Rat.“ Adresse: An die Direktion des Innern in Bern. Das Schreiben scheint keinen Erfolg gehabt zu haben.

England auf diese Antwort keine Erwiderung könne folgen lassen.

Louis Philippe, der mehr Furcht vor der Kammer als Vertrauen zu der neuen Allianz besass, war mit Guizots Vorgehen nicht ganz einverstanden. Als die beiden Bevollmächtigten in Paris ankamen, liess sein Vertrauter, Graf Montalivet, die Äusserung fallen: „Die beiden Herren genieren uns ein wenig“.

Indessen gingen die Verhandlungen zwischen Guizot, Colloredo und Radowitz rasch von statten. Zur Aufnahme einer Stelle, die als Drohung hatte gedeutet werden können, war Guizot freilich nicht zu bewegen. Doch erklärte er sich damit einverstanden, dass man unter sich, ohne dies in der Note zu erwähnen, einen Termin von 6—8 Wochen annehme, nach dessen Abfluss man sich über die zu ergreifenden Zwangsmassregeln im Verein mit Sardinien und dem deutschen Bund zu verständigen habe.

Seine Lage ward nun aber von Tag zu Tage schlimmer. Am 27. Dezember schrieb Radowitz an den König:

„Wenn ich alle Anzeichen zusammenfasse und sorgfältig abwäge, so gelange ich zu dem Schlusse, dass die französische Regierung, wie sie sich in dem Minister Guizot darstellt, in der Lage eines Schuldners ist, der seine Schuld im anberaumten Momente zu zahlen ausser Stand ist und daher Aufschub sucht. Ich kann aber nicht die Meinung teilen, als sei es ihm dabei um eigentliches Hintergehen seines Gläubigers zu thun, sondern darum, dass der Aufschub ihm wirklich das Mittel verschaffe, seiner Verpflichtung zu genügen. Der Minister Guizot hat nach meiner Ansicht, welche mit der des Grafen Colloredo vollkommen übereinstimmt,

den aufrichtigen Willen, die radikale Herrschaft in der Eidgenossenschaft zu brechen, er fühlt sich aber hierzu augenblicklich ausser Stand und erwartet, dass ihm die erforderlichen Mittel zuwachsen werden, wenn er die parlamentarische Krisis hinter sich hat...“¹

Unter diesen bedenklichen Umständen kam endlich die gemeinsame Note zustande. Sie wurde am 18. Januar dem Präsidenten der Tagsatzung in dreifacher gleichlautender Ausfertigung überschickt und enthält folgende Erklärungen:

1. Dass die Kantonal-Souveränität nicht als bestehend anerkannt werden kann in jenen Kantonen, welche durch die Truppen anderer Kantone militärisch besetzt sind und unter dem Drucke der Massregeln stehen, von denen jene Besetzung begleitet ist;
2. Dass der Schweizer Bund als in regelmässiger und traktatgemässer Lage sich befindend nicht eher wird angesehen werden können, als bis die erwähnten Kantone, ihrer völligen Unabhängigkeit wiedergegeben, ihre Regierungsbehörden vollkommen frei werden haben bestellen können;
3. dass die Rückkehr auf den militärischen Friedensfuss in allen Kantonen die notwendige Bürgschaft ihrer wechselseitigen und allgemeinen Freiheit ist;
4. dass keine Veränderung in der Bundessache giltig gemacht werden kann, es sei denn unter einstimmiger Genehmigung aller Staaten, welche den Bund bilden.

Zum Schluss heisst es:

„Die Verbindlichkeiten der Mächte gegen die schweizerische Eidgenossenschaft und jene der Eidgenossen-

¹ Meyer II, 265.

schaft sind wechselseitig und auf dieselben Traktate gegründet. Würden die einen nicht treulich beobachtet, so wären unvermeidlich die andern gefährdet und suspendiert; und die Mächte, welche der Schweiz die ihr gewährten Vorzüge verkürzt haben, besässen das unstreitige Recht, nur die Pflichten, welche ihnen als Glieder des grossen europäischen Staatenverbandes obliegen, zu Rate zu ziehen.“¹

Am 13. Februar erfolgte die Antwort der Tagsatzung. Von Furrer verfasst und von Kern beredt verfochten, wurde sie durch 19 Stände genehmigt. Neuenburg nahm die Verhandlungen ad referendum, Appenzell I.-Rh. enthielt sich der Abstimmung und für Wallis und Appenzell A.-Rh. blieb das Protokoll offen.

Der Hauptinhalt dieser Antwort ist der Begründung des Hauptsatzes gewidmet, dass in dem ganzen wichtigen Aktenstücke der Wiener Kongresserklärung, welches der Schweiz auf die bestimmteste und einlässlichste Weise die Bedingungen ihrer Unabhängigkeit vorzeichne, nichts enthalten sei, das auf die Beschränkung einer künftigen selbständigen Entwicklung der Bundesorganisation hinweisen würde, so dass die Frage der Bundesrevision demnach ausser den Bereich der diplomatischen Erörterungen zwischen der Schweiz und den Grossmächten gestellt, sowie auch die der Schweiz zugesicherte Neutralität nie an die Bedingung gewisser Formen der Bundeseinrichtung geknüpft worden sei. Die Art und Weise der Vervollkommnung der politischen Institutionen der Schweiz sei demnach eine Aufgabe, welche die Kantone unter sich zu lösen hätten. Endlich verwahrt sich die Tagsatzung gegen die schwere Anklage, als ob die Schweiz der Sitz einer auf den

¹ Meyer II, 268 f.

Umsturz der Staaten hinarbeitenden Propaganda sei, und verdankt den Mächten die Wünsche für den innern Frieden und die Erhaltung des innigen Verbandes zwischen den Kantonen, sowie die in ihrer Note ausgesprochene Achtung für die Würde und Unabhängigkeit der Schweiz.

Diese Antwort konnte natürlich den Grossmächten nicht genügen; die in Aussicht genommenen Zwangsmassregeln sollten also vollzogen werden. Schon hatte Guizot eine eventuelle materielle Intervention im Ministerrat durchgesetzt. „Ich habe — sagte er anfangs Januar in einer Unterredung mit Apponyi — viel Mühe gehabt, zu bewirken, dass diese Überzeugung vom Minister-Conseil geteilt werde; sie wurde lebhaft genug bekämpft, allein ich bin endlich durchgedrungen; die Sache ist im Reinen; der Fall einer Intervention ist von den Voraussichten des französischen Kabinetts nicht ausgeschlossen.“¹

Am 10. Februar schrieb Metternich noch an Ficquelmont: „La position ministerielle de M. Guizot est (les évènements imprévus exceptés) assurée pour la présente session . . .“²

Zwei Wochen später trat das „unvorhergesehene Ereignis“ ein. Der Brand, dessen Anfänge Metternich in der Schweiz vergeblich zu ersticken gesucht hatte, loderte am 24. Februar in Paris, am 13. März in Wien auf und bereitete dem Metternichschen System ein jähes Ende.

¹ Meyer II, 271.

² M. n. P. VII, 567.





Sutermeister, Werner

Metternich und die Schweiz 1840-1848

Bern 1896

J.publ.e. 430 s

urn:nbn:de:bvb:12-bsb11812904-1